

PROTOKOLL

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats am 24.10.2022, 17:00 Uhr – 20:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Klaus Heininger

Gemeinderatsmitglieder

StR Hans-Jörg Autenrieth

StR Andreas Cerrotta

StR Jürgen Eisele

StR Holger Haas

StRin Ulrike Haas

StRin Ingrid Held

StR Leon Held

StR David Hinterschweiger

StR Bernd Horwat

StRin Dr. Gudrun Igel-Mann

StRin Julia Ohngemach

StRin Silke Pauly

StR Axel Raisch

StR Uwe Reik

StRin Angela Maria Schirling

StRin Karin Schuster

StR Markus Schweizer

StR Manfred Strohm

StRin Daniela Wahl

StR Lothar Weccard

Verwaltung

Christoph Braun (Leiter Hochbauamt und Immobilien)

Marco Donabauer (Leiter Bürger- und Ordnungsamt)

abwesend bei TOP 9, 10 öffentlich 20:10-20:13 Uhr

abwesend bei TOP 7 öffentlich 19:08-19:10 Uhr

abwesend bei TOP 5.2 öffentlich 18:29-18:31 Uhr;

abwesend bei TOP 7 öffentlich 19:37-19:40 Uhr

anwesend ab TOP 4 öffentlich, 17:19 Uhr;

abwesend bei TOP 5.2 öffentlich 17:39-17:42 Uhr,

abwesend bei TOP 8, 9 öffentlich 20:07-20:10 Uhr

anwesend ab TOP 1 öffentlich, 17:05 Uhr;

abwesend bei TOP 4, 5.2 öffentlich 17:35-17:38 Uhr;

abwesend bei TOP 9, 10, 11 öffentlich 20:11-20:14 Uhr

anwesend ab TOP 5.2 öffentlich, 17:38 Uhr;

abwesend bei TOP 9, 10, 11 öffentlich 20:12-20:15 Uhr

abwesend bei TOP 8 öffentlich 19:45-19:47 Uhr

anwesend ab TOP 3.2 öffentlich, 17:14 Uhr;

abwesend bei TOP 8 öffentlich 19:46-19:47 Uhr

abwesend bei TOP 5.2 öffentlich 18:40-18:42 Uhr

anwesend ab TOP 4 öffentlich, 17:18 Uhr

abwesend bei TOP 14 öffentlich 20:24-20:26 Uhr

abwesend bei TOP 8 öffentlich 19:51-19:53 Uhr

abwesend bei TOP 5.2 öffentlich 18:37-18:39 Uhr

abwesend bei TOP 8 öffentlich 19:47-19:50 Uhr

anwesend ab TOP 3.1 öffentlich, 17:12 Uhr;

abwesend bei TOP 15, 16.1 öffentlich 20:37-20:38 Uhr

abwesend bei TOP 3.2 öffentlich 17:14-17:15 Uhr;

abwesend bei TOP 13 öffentlich 20:20-20:22 Uhr

abwesend bei TOP 12, 13 öffentlich 20:17-20:21 Uhr

anwesend bei TOP 7, 12, 13 öffentlich

anwesend bei TOP 4, 5 öffentlich

Winfried Fuchs (kommissarischen Feuerwehrkommandant)	anwesend bei TOP 5 öffentlich
Maurizio Lentini (Feuerwehr)	anwesend bei TOP 5 öffentlich
Oliver Marzian (Fachbereichsleiter Bürgerdienste)	abwesend bei TOP 8 öffentlich 19:45-19:48 Uhr
Sonja Mebert (Leiterin Haupt- und Personalamt)	
Melanie Ocansey (Leiterin Amt für Bildung und Betreuung)	anwesend bei TOP 11 öffentlich
Dirk Ringleb (Fachbereichsleiter Bauen)	abwesend bei TOP 11 öffentlich 20:14-20:15 Uhr

Externe

Michael Farkas (SCHATZ Wohnbau GmbH)	anwesend bei TOP 6 öffentlich
Herrn Manfred Mezger (Büro mquadrat)	anwesend bei TOP 6 öffentlich
Michael Rieger (SCHATZ Wohnbau GmbH)	anwesend bei TOP 6 öffentlich
Dieter Taller (Erster Polizeihauptkommissar, Leiter Polizeirevier Eislingen)	anwesend bei TOP 4 öffentlich

Schriftführerin

Isabelle Schanzel

Entschuldigt fehlen:

Gemeinderatsmitglieder

StRin Johanna Gauger
StRin Ulrike Wlk

Zur Beurkundung:

Oberbürgermeister Heiningen:

Schriftführerin:

Stadtrat:

Stadtrat:

TOP 1**Antrag zur Änderung der Tagesordnung durch den Gemeinderat nach § 18 Abs. 3 Geschäftsordnung des Gemeinderates**

StR Hans-Jörg Autenrieth (CDU) stellt den Antrag zur Geschäftsordnung nach § 18 Abs. 3 Geschäftsordnung des Gemeinderates zur Vertagung der Tagungsordnungspunkte „Bebauungsplan "Zwischen Stuttgarter Straße, Zeppelin- Post- und Kornbergstraße"“ und „Ergänzungssitzungsvorlage“ der Sitzung des Gemeinderates am 24.10.2022.

Oberbürgermeister Klaus Heininger bittet StR Autenrieth, um die Begründung seines Antrages.

StR Autenrieth begründet seine Antragsstellung.

Er teilt mit, dass durch die etwas unglückliche Situation heute die Beschlussfassung von einem fairen Beschluss nicht möglich ist.

StRin Ulrike Haas (Bündnis 90/Die Grünen) nimmt ab 17:05 Uhr an der Sitzung teil.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erwidert, dass er dies nicht nachvollziehen kann.

Eislingen hat mündige Bürgerinnen und Bürger.

Er ist nicht der Auffassung, dass die Formulierung den Grund für die Beantragung der Vertagung darstellt. Diese wurde in der Presse richtig dargestellt.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erkennt keinen Grund für diesen Antrag und erläutert dies.

Es wird eine Beschlussfassung über den Antrag erfolgen.

Oberbürgermeister Klaus Heininger formuliert den nachstehenden Beschlussantrag.

„Antrag zur Geschäftsordnung nach § 18 Abs. 3 Geschäftsordnung des Gemeinderates zur Vertagung der Tagungsordnungspunkte 5.1 „Bebauungsplan "Zwischen Stuttgarter Straße, Zeppelin- Post- und Kornbergstraße"“ und 5.2 „Ergänzungssitzungsvorlage“ der Sitzung des Gemeinderates am 24.10.2022.“

Er fragt das Gremium, ob dieses weitere Äußerungen äußern möchte.

Das Gremium verneint dies.

Es sind 16 Abstimmungsberechtigte anwesend.

Mehrheitlich, bei 2 positiven Stimmen, 12 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen, wird

abgelehnt:

Antrag zur Geschäftsordnung nach § 18 Abs. 3 Geschäftsordnung des Gemeinderates zur Vertagung der Tagungsordnungspunkte 5.1 „Bebauungsplan "Zwischen Stuttgarter Straße, Zeppelin- Post- und Kornbergstraße"“ und 5.2 „Ergänzungssitzungsvorlage“ der Sitzung des Gemeinderates am 24.10.2022.

TOP 2

Bekanntgaben

Die öffentliche Sitzung des Gemeinderates beginnt um 17:08 Uhr.

Oberbürgermeister Klaus Heininger eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zur Sitzung wurde ordnungsgemäß einberufen und gegen die Tagesordnung liegen keine Einwände vor.

StRin Johanna Gauger (FWV) und StRin Ulrike Wlk (Bündnis 90/Die Grünen) sind für diese Sitzung entschuldigt.

TOP 2.1

Vergabe der Baumaßnahmen zum Umbaus der Hirschkreuzung zur Kreisverkehrsanlage

Oberbürgermeister Klaus Heininger äußert, dass Herr Martin Fischer (Leiter Tiefbauamt) eine Bekanntgabe zur Vergabe der Baumaßnahmen zum Umbaus der Hirschkreuzung zur Kreisverkehrsanlage mitteilen wird.

Herr Martin Fischer (Leiter Tiefbauamt) teilt die nachstehende Bekanntgabe mit.

„In der Sitzung am 18.07.2022 hat der Gemeinderat die Verwaltung ermächtigt, die Vergabe und die Beauftragung für den Umbau der Hirschkreuzung in der Sommerferienzeit zu tätigen (SV 115/2022).

Am 11.08.2022 hat die Submission stattgefunden. Es haben sechs Firmen Angebote abgegeben.

Das wirtschaftlich günstigste Angebot wurde von der Firma Rossaro in Aalen mit 2.273.305,78 Euro (brutto) abgegeben. Das Angebot liegt damit ca. 6% über der Kostenberechnung in Höhe von 2.155.000 Euro, also innerhalb der Ermächtigungsrahmen für eine Beauftragung.

Am 24.08.2022 wurde der Auftrag an die Firma Rossaro erteilt. Der Baubeginn hat am 04.10.2022 stattgefunden.

Die Anlieger wurden über Anliegerbenachrichtigungen, die Bevölkerung in Form einer Pressemitteilung Mitte September entsprechend informiert.

Mittlerweile konnte der erste Bauabschnitt (Rückbau Verkehrsinsel Scheerstraße) erfolgreich abgeschlossen werden. Seit 17.10.2022 wurde mit dem zweiten Bauabschnitt begonnen.“

Herr Fischer nennt den weiteren Ablauf der Baumaßnahme.

Er äußert, dass sich die Baumaßnahme derzeit im Zeitplan befindet und er zuversichtlich ist, dass die Maßnahme bis Ende Oktober 2023 abgeschlossen sein wird.

TOP 3**Einwohnerfragestunde**

Oberbürgermeister Klaus Heininger äußert, dass dieser Tagesordnungspunkt dazu dient, dass die Einwohnerinnen und Einwohner ihre Fragen an die Verwaltung richten können.

Oberbürgermeister Klaus Heininger weist darauf hin, dass die Einwohnerfragestunde mit gewissen Formalien verbunden ist und die Regularien der Geschäftsordnung eingehalten werden müssen.

Er erläutert, dass die Einwohnerinnen und Einwohner, die Fragen an das Gremium stellen, zuvor Ihren Namen und Ihre Adresse angeben sollen.

Oberbürgermeister Klaus Heininger fragt die Zuhörerinnen und Zuhörer, ob diese eine Frage stellen oder sich äußern möchten.

TOP 3.1**Neubau eines 4-gruppigen Kindergartens im Tälesweg 39**

Eine Einwohnerin möchte wissen, aus welchem Grund der Kindergarten im Tälesweg nicht mit derselben Bauweise wie der Kindergarten im Gebiet Beund mit geringeren Kosten realisiert wird.

Oberbürgermeister Klaus Heininger teilt mit, dass der Vergleich der Kindertageseinrichtungen im Tälesweg und im Gebiet Beund dem Vergleich eines Autos der Marke Dacia und eines Autos der Marke Mercedes gleicht.

StR Markus Schweizer (CDU) nimmt ab 17:12 Uhr an der Sitzung teil.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erklärt, dass der Gemeinderat beschlossen hat, diese Einrichtung mit einem architektonischen Wettbewerb umzusetzen.

Es wurde ein gutes Büro ausgewählt und eine gute Ausstattung der Kindertageseinrichtung soll erfolgen.

Leider wird die Realisierung in einer Hochpreisphase erfolgen. Bei dem Tagesordnungspunkt 7 „Neubau eines 4-gruppigen Kindergartens im Tälesweg 39 - Vergabe von Bauleistungen“ werden die Details erneut erläutert werden.

Die Stadt ist von diesen Preissteigerungen sehr betroffen und diese bewegt die Verwaltung und den Gemeinderat.

Die Kindertageseinrichtungen im Tälesweg und im Gebiet Beund werden in unterschiedlichen Bauweisen realisiert werden. Die Kindertageseinrichtung im Tälesweg ist für eine Nutzungsdauer von 80 bis 100 Jahren und die Kindertageseinrichtung im Gebiet Beund für eine Nutzungsdauer von 30 bis 40 Jahren, bis maximal 50 Jahren, ausgelegt.

Bei einer Realisierung der Kindertageseinrichtung im Tälesweg in der Bauweise der Einrichtung im Gebiet Beund würde bei derselben Nutzungsdauer und der dadurch erforderlichen zweimaligen Erstellung der Einrichtung dieselben Kosten entstehen, wie bei der einmaligen Errichtung mit der vorgese-

henen Bauweise.

Die beiden Einrichtungen können nicht direkt miteinander verglichen werden.

Oberbürgermeister Klaus Heininger fragt die Einwohnerin, ob mit dieser Erklärung ihre Frage beantwortet wurde.

Die Einwohnerin bestätigt dies.

TOP 3.2

Fragen zu illegalen Versammlungen und zu Informationen zu Impfschäden / Impfnebenwirkungen

Ein Einwohner teilt mit, dass er einen Block mit Anfragen am 18.07.2022 an die Verwaltung gesendet und noch keine Antwort erhalten hat.

Er möchte wissen, ob diese Anfragen noch beantwortet werden.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erwidert, dass diese Anfragen keine Gemeindeangelegenheiten betreffen.

StRin Daniela Wahl (FWV) verlässt um 17:14 Uhr die Sitzung.

StR David Hinterschweiger (FWV) nimmt ab 17:14 Uhr an der Sitzung teil.

Der Einwohner äußert, dass er von seinem Fragenblock in der heutigen Einwohnerfragestunde zwei bis drei dieser Frage stellen möchte. Er reduziert sich aufgrund der vielen Zuhörenden auf diese Anzahl.

Der Einwohner stellt zu seinem ersten Block „illegalen Versammlungen“ die folgenden Fragen.

„Frage 1a: Welche illegalen Versammlungen sind der Verwaltung aus den letzten Monaten bekannt?

Frage 1b: Wurden diese versucht zu unterbinden? Wenn ja, wie?“

Er teilt mit, dass er aus dem zweiten Block keine Fragen stellt und stellt die folgenden Fragen aus dem dritten Block „Informationen zu Impfschäden / Impfnebenwirkungen“.

„Frage B3.1: Wie viele Impfnebenwirkungen / Impfschäden der in Eislingen geimpften Bürger sind der Verwaltung / dem Gemeinderat bekannt?

Frage B3.2: Wie wird diesen Personen geholfen? Wie werden diese Geschädigten unterstützt und von wem?“

StRin Daniela Wahl (FWV) nimmt ab 17:15 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Der Einwohner fährt fort, dass er auf eine Antwort auf seine Fragen wartet.

Oberbürgermeister Klaus Heininger antwortet, dass der Einwohner für die Beantwortung der ersten Fragen, die illegalen Versammlungen betreffend, diese der Polizei stellen muss.

Zu den weiteren Fragen, die Impfungen betreffend, erklärt er, dass hierfür das Gesundheitsamt zu-

ständig ist und vermutet, dass jedoch das Bundesgesundheitsamt die Statistiken führen wird. Der Verwaltung liegen über diese Sachverhalte keine Kenntnisse vor.

Der Einwohner erwidert, dass er noch weitere Fragen an die Verwaltung gestellt hat und möchte wissen, ob er für diese eine Antwort erhalten wird.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erklärt, dass er eine Antwort von der Stadtverwaltung erhält, sofern die Fragen Gemeindeangelegenheiten betreffen.

Der Einwohner entgegnet, dass er nicht wissen kann, ob die Fragen Gemeindeangelegenheiten betreffen und bittet, ihm dies mitzuteilen.

Oberbürgermeister Klaus Heininger äußert, dass die Verwaltung dies prüfen wird.

Oberbürgermeister Klaus Heininger fragt die Zuhörerinnen und Zuhörer, ob diese weitere Frage stellen oder sich äußern möchten.

Die Zuschauerinnen und Zuschauer geben keine Antwort und schweigen.

Oberbürgermeister Klaus Heininger stellt fest, dass keine weiteren Fragen zur Einwohnerfragestunde vorhanden sind und schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 4

Bericht Polizeiliche Kriminalstatistik

StRin Dr. Gudrun Igel-Mann (SPD) nimmt ab 17:18 Uhr an der Sitzung teil.

Oberbürgermeister Klaus Heininger begrüßt Herrn Dieter Taller (Erster Polizeihauptkommissar, Leiter Polizeirevier Eislingen) sowie Herrn Marco Donabauer (Leiter Bürger- und Ordnungsamt) zu diesem Tagesordnungspunkt und teilt mit, dass Herr Taller die polizeiliche Kriminalstatistik vorstellen wird.

Herr Dieter Taller (Erster Polizeihauptkommissar, Leiter Polizeirevier Eislingen) erläutert die dem Protokoll beigefügte Präsentation „Polizeiliche Kriminalstatistik und Verkehrsunfallstatistik 2021 im Bereich der Stadt Eislingen“.

StR Holger Haas (Bündnis 90/Die Grünen) nimmt ab 17:19 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Taller fährt mit der Erläuterung auf der Folie 4 fort.

Oberbürgermeister Klaus Heininger dankt Herrn Taller für die umfassenden Informationen.

Er hat Kenntnis, dass die Corona-Situation die Statistik verändert hat. Im Jahr 2020 lag die Corona-Pandemie bereits ebenfalls vor. Es hat seither eine gute Entwicklung bei der Statistik stattgefunden. Oberbürgermeister Klaus Heininger fragt das Gremium, ob dieses Fragen äußern möchte.

StRin Ulrike Haas (Bündnis 90/Die Grünen) dankt Herrn Taller für die Erläuterung.

Sie hofft, dass die Präsentation von Herrn Taller dem Gremium noch über Mandatos zur Verfügung gestellt wird.

StRin Haas findet die rückläufigen Zahlen bei der Kriminalitätslage positiv, obwohl weiterhin einige Straftaten erfolgt sind.

Es gibt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Bundesförderprogramm "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen". Sie interessiert, ob es eine Person gibt, welche für einen Vortrag zum Schutz von Frauen, zum Beispiel von einem Verein, eingeladen werden kann.

Herr Taller antwortet, dass StRin Haas oder unter anderem Vereine diesbezüglich auf ihn zukommen können.

Beim Polizeirevier Göppingen gibt es zu diesem Bereich sechs bis sieben beauftragte Personen.

Mit diesen kann sich in Verbindung gesetzt und ein Termin für einen Vortrag, ebenfalls abends oder am Wochenende, vereinbart werden.

Im Vorfeld findet ein Austausch über die Themen und Fragen des Vortrages statt.

StRin Haas dankt Herrn Taller für diese Information.

Sie möchte zudem wissen, ob ebenfalls auf das Polizeirevier Eislingen zugegangen werden kann, wenn zum Beispiel bei einem Nachbar ein ungutes Gefühl vorliegt.

Herr Taller bestätigt, dass dies dem Polizeirevier gemeldet werden kann.

Falls etwas festgestellt wird, kann eventuell im Vorfeld Präventionsarbeit geleistet werden. Herr Taller führt dies aus.

Oberbürgermeister Klaus Heininger fragt das Gremium, ob dieses weitere Fragen äußern möchte.

Das Gremium verneint dies.

Oberbürgermeister Klaus Heininger dankt Herrn Taller für die Erläuterung des Berichtes über die polizeiliche Kriminalstatistik.

Es sind 20 Abstimmungsberechtigte anwesend.

Der Bericht zur polizeilichen Kriminalstatistik wird **zur Kenntnis** genommen.

TOP 5

Zustimmung zur Wahl des stellvertretenden Feuerwehrkommandanten

Oberbürgermeister Klaus Heininger begrüßt Herrn Marco Donabauer (Leiter Bürger- und Ordnungsamt), Herrn Winfried Fuchs (kommissarischen Feuerwehrkommandant) sowie Herrn Maurizio Lentini (Feuerwehr) zu diesem Tagesordnungspunkt und verweist auf die dem Protokoll beigefügte Sitzungsvorlage Nr. 162/2022.

Er teilt mit, dass der Sachverhalt in der Sitzungsvorlage dargestellt ist.

In der Hauptversammlung der Feuerwehr der Stadt Eislingen/Fils am 07. Oktober 2022, bei welcher von Seiten der Stadtverwaltung Herr Oliver Marzian (Fachbereichsleiter Bürgerdienste) und Herr Donabauer teilgenommen haben, wurde Herr Lentini zum stellvertretenden Feuerwehrkommandanten gewählt.

StRin Ulrike Haas (Bündnis 90/Die Grünen) verlässt um 17:35 Uhr die Sitzung.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erklärt, dass die Zustimmung des Gemeinderats erforderlich ist und fragt das Gremium, ob dieses Fragen äußern möchte.

Das Gremium verneint dies.

Es sind 19 Abstimmungsberechtigte anwesend.

Einstimmig wird

beschlossen:

Der Wahl von Herrn Maurizio Lentini zum stellvertretenden Feuerwehrkommandanten wird nach § 10 Abs. 5 der Feuerwehrsatzung der Stadt Eislingen/Fils zugestimmt.

Oberbürgermeister Klaus Heininger teilt mit, dass dies ein großer Vertrauensbeweis gegenüber Herrn Lentini darstellt.

TOP 6

Bebauungspläne und örtliche Bauvorschriften

TOP 6.1

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Zwischen Stuttgarter Straße, Zeppelin- Post- und Kornbergstraße"

- Vorstellung des überarbeiteten städtebaulichen Entwurfs

- Beschluss der Planung zur frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB

TOP 6.2

Ergänzungssitzungsvorlage

Oberbürgermeister Klaus Heininger begrüßt Herrn Michael Rieger (SCHATZ Wohnbau GmbH), Herrn Michael Farkas (SCHATZ Wohnbau GmbH) sowie Herrn Manfred Mezger (Büro mquadrat) zu diesem Tagesordnungspunkt und verweist auf die dem Protokoll beigefügte Sitzungsvorlage Nr. 154/2022 sowie auf die Ergänzungssitzungsvorlage Nr. 154/2022/1.

Er teilt mit, dass der Sachverhalt in der Sitzungsvorlage dargestellt ist und eine ausführliche Vorberatung des Tagesordnungspunktes in der Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt am 10.10.2022 erfolgt ist. Dort wurde zugesagt, die Fassadengestaltung erneut zu bearbeiten.

Oberbürgermeister Klaus Heininger gibt kund, dass er im Vorfeld etwas Grundsätzliches äußern möchte.

Er kann bestätigen, dass eine dichte Bebauung, jedoch in einem Maß, welche vertretbar ist, erfolgen soll. Heutzutage muss eine solche Bebauung erfolgen, da bei einer Nichtausnutzung des Grundstückes in der Geschossigkeit sich dies zu einem späteren Zeitpunkt als negative Vorgehensweise herausstellen wird. Es würde ein fahrlässiger Umgang mit Boden darstellen.

StRin Ulrike Haas (Bündnis 90/Die Grünen) nimmt ab 17:38 Uhr wieder an der Sitzung teil.

StRin Ingrid Held (SPD) nimmt ab 17:38 Uhr an der Sitzung teil.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erklärt, dass sich die Planung im Gegensatz zu der letzten Beratung im Februar 2022 deutlich verbessert hat. Dies ist eventuell nicht zu der Zufriedenheiten von allen Stadträtinnen und Stadträten, wie bei zum Beispiel bei dem Punkt mit den Stellplätzen, jedoch architektonisch und städtebaulich, erfolgt.

Bei dem Bau ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit dem Boden wichtig.

Die Fassaden wurden gegliedert. Die ursprünglich favorisierte Durchgängigkeit des Gebäudes entlang der Stuttgarter Straße ist nicht möglich. Dies ist jedoch bei der Betrachtung des Lärmschutzgutachtens offensichtlich.

StR Holger Haas (Bündnis 90/Die Grünen) verlässt um 17:39 Uhr die Sitzung.

Oberbürgermeister Klaus Heininger äußert, dass es eine Abwägung darstellt, ob den Bewohnenden der Lärm der etwa 20.000 Verkehrsteilnehmenden zugemutet werden soll. Die Lärmsituation hat sich durch die Reduzierung der Geschwindigkeit auf Tempo 30 km/h verbessert. Es fahren jedoch weiterhin laute Motorräder, Autos mit Klappenauspuff und Lkws auf der Straße.

Eine Durchgängigkeit des Gebäudes würde das Eindringen von Lärm in den jetzt geschützten Raum zur Folge haben.

Durch die Gliederung der Fassade ist die Erscheinung des Gebäudes als drei Einzelgebäude gut gelungen.

Oberbürgermeister Klaus Heininger ist der Ansicht, dass die Forderung des Gremiums nach verschiedenen Ansichten für die Geschossigkeit mit dieser Planung erfüllt wurde und führt dies aus. Bei dem Stellplatzschlüssel kann ein Stellplatzschlüssel in Höhe von 1,5 festgelegt werden, dies muss jedoch städtebaulich begründet werden, da laut LBO ein Stellplatzschlüssel von 1,0 festgelegt ist. Das Vorhaben weist mehr Stellplätze aus, als nach der LBO gefordert wird. Zudem gibt es im Umfeld des Vorhabens weitere öffentliche Parkplätze.

StR Holger Haas (Bündnis 90/Die Grünen) nimmt ab 17:42 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Oberbürgermeister Klaus Heininger teilt mit, dass bei dem Projekt durch die gewerbliche Nutzung und die Umnutzung der Fläche zur Wohnnutzung dieses als ein Bindeglied gut gelungen ist. Er bittet den Gemeinderat, sich an die wesentlichen Ziele zur erinnern. Der Bund hat ausgerufen, jährlich 400.000 Wohnungen für die Befriedigung der Nachfrage zu bauen. Es werden jedoch lediglich 220.000 Wohnungen realisiert werden. In Eislingen würden durch dieses Projekt 85 Wohnungen in einem Gebiet gebaut werden, bei welchem wenige Probleme vorliegen. Oberbürgermeister Klaus Heininger nennt ein Schreiben von Vereinen und Firmen, welche eine Veranstaltung, die Wohnungsnot betreffend, einberufen und führt dies aus. Durch dieses Projekt können 85 Wohnungen an einer guten Stelle entstehen. Die Stadt Eislingen stellt die einzige Kommune im Landkreis Göppingen dar, welche beim Land als Stadt mit Wohnungsnot aufgeführt ist. Bei der Vorbringung des Argumentes, dass hochpreisige Wohnungen realisiert werden, ist sich Oberbürgermeister Klaus Heininger sicher, ob dies zutrifft. Bei diesem Projekt werden 30 Prozent der Wohnungen mietpreisgedämpft sein. Es ist zutreffend, dass dieses Projekt jedoch nicht lediglich von Hartz IV-Empfängerinnen und Empfängern bewohnt werden wird. Durch dieses Projekt werden jedoch ebenfalls andere Wohnungen frei und es entsteht eine Bewegung auf dem Wohnungsmarkt. Dies entlastet die Situation ebenfalls geringfügig. Die Realisierung dieser Wohnungen stellt jedoch insgesamt betrachtet einen Tropfen auf einem heißen Stein dar. Die Stadt Eislingen stellt die einzige Stadt im Landkreis Göppingen dar, welche mit einer Wohnungsknappeit aufgeführt wird. Es sollten keine Diskussionen über die Größen der einzelnen Wohnungen oder über die Realisierung von weiteren zwei bis drei Stellplätzen erfolgen. Stattdessen sollte eine sachlichere Diskussion erfolgen und das Ziel, die Wohnungsnot zu lindern, sich im Mittelpunkt befinden. Oberbürgermeister Klaus Heininger bittet Herrn Rieger, Herrn Farkas sowie Herrn Mezger, die Präsentation vorzustellen.

Herr Michael Rieger (SCHATZ Wohnbau GmbH) erläutert die dem Protokoll beigefügte Präsentation „Areal des ehemaligen DEHNER-Gartemarks“.

Herr Michael Farkas (SCHATZ Wohnbau GmbH) fährt mit der Erläuterung der Präsentation auf der Folie 7 fort.

Herr Rieger übernimmt die Erläuterung der Präsentation ab der Folie 21.

Oberbürgermeister Klaus Heininger dankt Herrn Rieger und Herrn Farkas für die Erläuterung. Er äußert, dass die Frage darstellt, ob die Bebauungsplanthematik separat angesprochen werden muss. Der Bebauungsplan stellt die Konsequenz der Planung dar. In dieser ersten Phase soll die Beschlussfassung über den Beginn der Bürgerbeteiligung erfolgen.

StR Axel Raisch (CDU) äußert, dass es ihm schwer fällt, Kritik gegenüber dem Oberbürgermeister und der Schatzgruppe zu äußern, jedoch der Gemeinderat die Entscheidungen trifft. Die Verwaltung hat lediglich eine Stimme.

Der Gemeinderat hat mehrheitlich den Auftrag an die Verwaltung gegeben.

Es wurde zu einem früheren Zeitpunkt eine falsche Grundsatzentscheidung getroffen.

Er kann der Schatzgruppe ihre Planung nicht verdenken, da diese die Wirtschaftlichkeit des Projektes beachten muss.

StR Raisch widerspricht der Aussage von Oberbürgermeister Klaus Heininger, dass dieses Projekt gut in dieses Gebiet passt und ein gutes Bindeglied zwischen dem Wohngebiet und dem Gewerbegebiet darstellt.

Bei der Planung wurde das Gewerbe nicht betrachtet. Dieses Projekt kann einen Nachteil für die Gewerbe darstellen.

Gewerbegebiete stellen ebenfalls Mangelware in der Stadt dar.

Er hat an einer überörtlichen Veranstaltung teilgenommen. Bürgermeister Kersting (Süßen) hat an dieser teilgenommen und verkündet, dass Süßen den Wohnbau in einem Gebiet reduziert.

StR Raisch stellt die Fragen, wie Zuzüge und mietpreisgedämpfter Wohnraum ohne Gewerbe finanziert werden sollen.

Er äußert, dass das Projekt realisierbar ist und vergleicht dieses mit einer Veranstaltung der Olympischen Winterspiele in Katar.

Er ist der Ansicht, dass sich die Planung, unter anderem aufgrund der Stellplätze, rächen wird.

Herr Salvia hat bei der Buntweberei ein gutes Projekt realisiert. Die Planung des Projektes auf dem ehemaligen Dehner-Areal verursacht StR Raisch Schmerzen.

Der Gemeinderat trägt die Verantwortung für dieses Projekt. Die Verwaltung hat lediglich eine Stimme im Gremium.

Oberbürgermeister Klaus Heininger fragt StR Raisch, ob dieser die Geschossigkeit des von Herrn Salvia realisierten Projektes in Ordnung findet.

StR Raisch antwortet, dass bei seiner Aussage lediglich das Gewerbe und nicht die Geschossigkeit relevant ist.

Oberbürgermeister Klaus Heininger bemerkt, dass die Thematik nicht lediglich von der Stadt zu entscheiden ist, da sich die Fläche nicht im städtischen Eigentum befindet.

StR Raisch findet die vom Gremium in Bezug auf die Gestaltung dieses Areals getroffene Grundsatzent-

scheidung falsch.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erwidert, dass diese Grundsatzentscheidung mehrheitlich vom Gremium beschlossen wurde.

Er ist der Meinung, dass dieses Projekt gut ist, da in Eislingen ein großes Defizit im Bereich Wohnungsbau vorliegt.

StRin Daniela Wahl (FWV) dankt Herrn Rieger und Herrn Farkas für die Erläuterung der Präsentation. Sie äußert, dass für den Wohnungsbau die Innenstadt genutzt und nicht lediglich Wohnbebauung im Außenbereich vorgenommen werden soll.

StRin Wahl findet die geplante Bebauung zu massiv und kann bei dieser Planung im Vergleich zu der im Februar vorgestellten Planung lediglich geringe Veränderungen feststellen.

Sie stimmt zu, dass die Fassadengestaltung sowie die Stellplätze oberirdisch angepasst wurden, jedoch keine Gliederung des Gebäudes entlang der Stuttgarter Straße erfolgt ist.

In der Sitzung des Gemeinderates am 07.02.2022 wurden fünf Beschlüsse gefasst.

StRin Wahl nennt die in der Gemeinderatssitzung zu dieser Thematik gefassten Beschlüsse.

„1 a) Der Gemeinderat beschließt dem Grundsatz nach, den überarbeiteten städtebaulichen Entwurf vom 7.2.2022 als Grundlage für die weitere Entwicklung des Dehner-Areals.

1b) Auf dieser Grundlage soll die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt werden.

2a) Bei der weiteren Ausarbeitung der Planung ist besonderer Wert auf die städtebauliche Einbindung zu legen. Die Lärmschutzfassade an der Stuttgarter Straße ist so stark zu gliedern und zu gestalten, dass das Erscheinungsbild von 3 Einzelgebäuden überwiegt. Eine intensive Begrünung der zurückgesetzten Zwischenbaukörper ist zu prüfen.

2b) Für die Entscheidung, ob die Gebäude 3 und 4 in ihrer Geschossigkeit reduziert werden sollen, sind weitere Schnitte zu fertigen und dem Gemeinderat erneut zur Entscheidung vorzulegen.

3) Das Mobilitätskonzept, die Anzahl der Stellplätze, die Sozialbindung, die Durchwegung, PV-Anlagen usw. sollen im weiteren Prozess vertieft und dem Gemeinderat zu einem späteren Zeitpunkt zum Beschluss vorgelegt werden.“

Es wurden nicht alle Beschlüsse umgesetzt.

StRin Wahl sieht die erfolgten Rücksprünge bei den Zwischenbaukörpern als zu gering an.

Sie regt an, die Zwischenbaukörper mehr in Richtung des Innenhofs zu versetzen, damit optisch drei Einzelgebäude entstehen.

Die Begrünung des Innenhofs findet StRin Wahl gut.

Ihr ist es wichtig, dass die Beschlüsse umgesetzt werden.

StRin Wahl hat keine Kenntnis, aus welchem Grund die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden erst jetzt erfolgen soll, obwohl diese bereits in der Sitzung im Februar beschlossen wurde. Sie bittet, um die Durchführung der Bürgerbeteiligung sowie um die Vornahme von tieferen Rücksprüngen bei den Gebäuden 3 und 4.

Herr Farkas antwortet zu der Zurücksetzung der Zwischenbauten, dass erneut geprüft werden kann, ob diese Maßnahme den gewünschten Effekt zur Folge hätte.

Diese Gestaltung ist in diesem Planungsstand noch nicht sonderlich relevant.

Zu den Schnitten erläutert Herr Farkas die Höhengsituation der Gebäude 3 und 4 unter Einbezug der Präsentation.

Herr Farkas äußert zu der Darstellung von verschiedenen Schnitten, dass er keine Kenntnis hat, welche weiteren Schnitte benötigt werden, damit das Gremium eine Entscheidung treffen kann. Bei der Nennung der gewünschten Schnitte, können diese dargestellt werden.

Oberbürgermeister Klaus Heininger bittet um die Beantwortung der Frage, aus welchem Grund keine frühere Bürgerbeteiligung erfolgt ist.

Herr Dirk Ringleb (Fachbereichsleiter Bauen) teilt mit, dass der Grund hierfür die rege Diskussion und die schwierige Beschlussfassung mit 17 positiven Stimme und 4 Gegenstimmen in der Sitzung des Gemeinderates am 07.02.2022 dargestellt hat.

Es ist wichtig gewesen, die damalige Darstellung der Planung für die Öffentlichkeit erneut besser darzustellen.

Wenn die Schatzgruppe bereits diesen Aufwand, in diesem frühen Stadium, eine ausführliche Darstellung der Planung vorgenommen hat, wollte die Verwaltung erneut eine Freigabe des Gremiums erhalten und anschließend die Bürgerbeteiligung vornehmen.

Oberbürgermeister Klaus Heininger fasst den Wunsch von StRin Wahl, die Gliederung noch deutlicher zurückzustellen und eventuell die Zwischenbaukörper entlang der Stuttgarter Straße mehr zurückzusetzen, zusammen.

Die restlichen Punkte wurden erfüllt.

Bei dem dritten Gebäude sind die drei Geschosse gut, da sich ein zweigeschossiges Gebäude nicht gut in das Gebiet einfügen würde. Bei der Geschossigkeit sollte keine Orientierung an dem ältesten Gebäude im Umfeld erfolgen. Die Gebäude hinter diesem alten Gebäude sind höher.

Falls ein weiterer Schnitt zum Beurteilen der Planung erforderlich ist, kann dieser dargestellt werden.

Oberbürgermeister Klaus Heininger hat jedoch keine Kenntnis, was auf einem weiteren Schnitt zusätzliches gesehen werden soll.

StRin Wahl bemerkt, dass für sie die Schnitte in Ordnung sind, jedoch die fünf Punkte, welche in der Gemeinderatssitzung beschlossen wurde, eingehalten werden sollten.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erwidert, dass die Planer der Auffassung sind, dass mit diesen Schnitten eine Beurteilung erfolgen kann.

StRin Wahl liest den Beschluss Nr. 2b aus der Sitzung des Gemeinderates vom 07.02.2022 vor.

„2b) Für die Entscheidung, ob die Gebäude 3 und 4 in ihrer Geschossigkeit reduziert werden sollen, sind weitere Schnitte zu fertigen und dem Gemeinderat erneut zur Entscheidung vorzulegen.“

Oberbürgermeister Klaus Heininger äußert, dass eine Reduktion um ein Geschoss vorgenommen wurde.

StRin Wahl verneint dies und entgegnet, dass bereits bei der Vorstellung der Planung im Februar ledig-

lich drei Geschosse eingeplant gewesen sind.

Oberbürgermeister Klaus Heininger fragt nach, welche weiteren Schnitte gewünscht werden.

StR Hans-Jörg Autenrieth (CDU) äußert, dass eine Planänderung gewünscht wird.

Oberbürgermeister Klaus Heininger äußert, dass dies, wie in der Zusammenfassung zuvor genannt, aufgenommen wird.

StR Autenrieth teilt mit, dass eine Fassadengestaltung gewünscht wurde, damit optisch Einzelgebäude entstehen.

Er bemerkt, dass er aufnimmt, dass die Wünsche der Stadträtinnen und Stadträte eine untergeordnete Rolle darstellen.

StR Jürgen Eisele (CD) verlässt um 18:29 Uhr die Sitzung.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erwidert, dass er keine Kenntnis hat, ob dies geäußert wurde.

StR Autenrieth teilt mit, dass dies geäußert wurde.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erklärt, dass der Prüfungsauftrag nicht erforderlich ist und die Gliederung in Abschnitte erfolgt ist.

StR Autenrieth entgegnet, dass dies bereits im Februar beschlossen wurde, jedoch noch nicht erfolgt ist.

Oberbürgermeister Klaus Heininger wendet ein, dass die Gestaltung der Gebäude erfolgt ist.

Herr Ringleb führt die Gestaltung der Gebäude in drei Einzelgebäude unter Einbezug der Präsentation aus.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erklärt, dass die Anregung, ob es sinnvoll ist, die Zwischenkörper weiter zurück zu versetzen, aufgenommen und geprüft wird.

StR Jürgen Eisele (CD) nimmt ab 18:31 Uhr wieder an der Sitzung teil.

StR Autenrieth bemerkt, dass mindestens zehn Bäume bei diesen Projekt entfallen und lediglich drei neue Bäume gepflanzt werden und dies als grüne Lunge bezeichnet wird.

Er akzeptiert den Gemeinderatsbeschluss auf diesem Areal eine Wohnbebauung zu realisieren, ihn stört dabei jedoch die Umsetzung. Es wurden keine Überlegungen getätigt ein Satteldach, wie bei dem Projekt der Schatz-Gruppe in Schorndorf, zu realisieren oder das vierte Obergeschoss zurück zu versetzen.

Dadurch würde eine bessere und lockerere Optik, ähnlich wie bei den Gebäuden „Drei Kaiser“, entste-

hen. Ihm gefällt der gewählte Baustil des Projektes nicht.

StR Autenrieth ist der Ansicht, dass alle Bewohnenden ihre PKWs auf eigenen Stellplätzen parken können sollten. Dies ist bei einem Stellplatzschlüssel von unter 1,5 Stellplätzen je Wohneinheit nicht möglich.

Die Parksituation stellt ein großes Problem dar, ebenfalls bei Pflegeheimen.

StR Autenrieth befürchtet, dass bei dem Projekt ein Parkchaos entstehen wird.

Er kann nicht verstehen, warum auf die Wünsche der Stadträtinnen und Stadträte nicht eingegangen wird und wird diesem Beschlussantrag nicht zustimmen.

Oberbürgermeister Klaus Heininger entgegnet, dass auf die angeregten Angelegenheiten eingegangen wurde. Es stellt jedoch eine andere Sache dar, ob die Umsetzung einem gefällt.

Optisch stellen es drei Einzelgebäude dar. Die Anregung aus dem Gremium wird jedoch aufgenommen.

Die Situation mit dem Stellplatzschlüssel wurde bereits erläutert.

Oberbürgermeister Klaus Heininger nennt die geplanten Stellplatzschlüssel der verschiedenen Bereiche der Planung. Die LBO gibt einen Stellplatzschlüssel von 1,0, unabhängig von der Wohnungsart, vor. Bei den Eigentumswohnungen wird ein Stellplatzschlüssel in Höhe von 1,67 realisiert werden.

Herr Ringleb ergänzt, dass für dieses Projekt nach den Vorgaben der LBO 88 bis 90 Stellplätze realisiert werden müssen. Es sind 130 Stellplätze eingeplant.

Der Stellplatzschlüssel für das betreute Wohnen kann ebenfalls gemäß LBO auf 0,2 reduziert werden.

Bei diesem Projekt wird für diesen Bereich ein Stellplatzschlüssel von 1,0 verwendet. Dies stellt das Fünffache des Geforderten dar.

Oberbürgermeister Klaus Heininger bemerkt, dass eine Verabschiedung von der Situation, dass ebenfalls für das dritte Kind ein Stellplatz in unmittelbarer Nähe zur Verfügung steht, erfolgen muss.

Die Stadt wird nicht das Auto vor den Menschen stellen.

Bei diesem Projekt werden dennoch viele Stellplätze entstehen.

StR Manfred Strohm (CD) äußert, dass seit der letzten Vorstellung der Planung die Kritikpunkte verbessert wurden.

Er hat an dem Wohnraumgipfel des Landes teilgenommen und nennt die erforderliche Anzahl des Baus von Wohnungen im Land und im Landkreis.

StR Uwe Reik (SPD) verlässt um 18:37 Uhr die Sitzung.

StR Strohm teilt mit, wenn diese Zahl ernstgenommen wird, muss auf dem ehemaligen Dehner-Areal, obwohl das Gewerbe ebenfalls wichtig ist, Wohnraum entstehen.

Die Realisierung von Wohnraum und einem Pflegeheim auf diesem Gelände ist gut.

StR Strohm findet es positiv, wenn bei dem Gebäude entlang der Stuttgarter Straße weitere Rücksprünge erfolgen oder eine Auflockerung durch Farbe stattfindet.

Er bittet, bei der Durchführungsvereinbarung mehr Details zum Quartiersmanagement, unter anderem zu den Gemeinschaftsräumen, zu dem sozialen Aspekten und des grünen Innenhofes, aufzunehmen.

StR Uwe Reik (SPD) nimmt ab 18:39 Uhr wieder an der Sitzung teil.

StR Strohm schlägt vor, falls bei diesem Projekt kein Pflegeheim realisiert wird, ebenfalls ein Dienstleistungsgebäude entstehen kann. Dies würde eine alternative Lösung für die Lärmsituation darstellen. Es sollte nach seiner Ansicht, eine Zustimmung und wenn möglich ebenfalls die Realisierung der Planung erfolgen.

StR Holger Haas (Bündnis 90/Die Grünen) äußert, dass das Projekt der Schatzgruppe in Schorndorf fünfstöckig bis sechsstöckig gewesen ist und er sich über eine Diskussion, auf dem ehemaligen Dehner-Areal ebenfalls ein fünfstöckig bis sechsstöckiges Projekt zu realisieren, freuen würde. Er hat mit Kollegen an einer Tagung für Wohnungsbau teilgenommen.

StR Bernd Horwat (FWV) verlässt um 18:40 Uhr die Sitzung.

StR Haas teilt mit, dass die Situation schlecht ist und das Ziel, der Realisierung von 400.000 Wohnungen jährlich, nicht realisiert werden wird. Es ist gut, wenn die Schatzgruppe auf dem ehemaligen Dehner-Areal Wohnungen realisieren möchte. Dabei ist es irrelevant, welche Farbe die Klinker haben werden oder ob drei weitere Stellplätze realisiert werden sollen. StR Haas hat eine solche Diskussion zuvor noch nicht erlebt.

StR Autenrieth fragt StR Haas, ob dies seine Art darstellt, mit anderen Meinungen umzugehen.

StR Haas erwidert, dass dies seine Art darstellt, mit der Meinung von StR Autenrieth umzugehen. Es wurde zu diesem Projekt eine Grundsatzentscheidung getroffen. Er fragt, falls auf diesem Areal ein Gewerbe entstehen soll, welche Gewerbeart auf diesem angesiedelt werden soll. Für ihn stellt die Realisierung einer Wohnbebauung die bessere Vorgehensweise dar. Zusätzlich zum Wohnraum werden Pflegeplätze entstehen.

StR Bernd Horwat (FWV) nimmt ab 18:42 Uhr wieder an der Sitzung teil.

StR Haas erklärt, dass ein Betreiber von einem Pflegeheim in einer Sitzung teilgenommen und mitgeteilt hat, dass der Bedarf an Pflegeplätzen vorliegt. Er ist der Ansicht, dass die Mischung an diesem Standort möglich ist und gelingen wird, ebenfalls durch die Realisierung von einem Quartiersplatz. Zu der Auffassung, dass zu wenige Stellplätze realisiert werden erklärt StR Haas, dass mehr Stellplätze vorgesehen sind, als der Gesetzgeber fordert.

StR Autenrieth bemerkt, dass der Gesetzgeber sich irrt.

StR Haas erwidert, dass jeder Stellplatz Geld kostet und die Fläche benötigt wird. Die in der Tiefgarage eingeplanten Pflanztröge sollen nicht aufgegeben werden, da Bäume benötigt werden.

StR Autenrieth äußert, dass drei Bäume realisiert werden.

StR Haas führt aus, dass bei einer engen Bebauung eine hohe Aufenthaltsqualität benötigt wird. Die Vorgehensweise, die Pflanztröge in der Tiefgarage für Stellplätze aufzugeben, findet StR Haas absurd.

StR Haas spricht sich aufgrund des Lärmschutzes gegen eine Öffnung des Projektes nach Norden aus. Er ist der Ansicht, dass diese Öffnung ebenfalls nicht benötigt wird.

StR Haas findet eine Öffnung des Projektes in Richtung Süden wichtig, damit der Quartiersplatz auch von den umliegenden Anwohnenden genutzt wird.

Das Projekt stellt kein IBA-Projekt dar. Wer dies möchte, soll mitteilen, woher die hierfür benötigten Mittel genommen werden.

Es stellt dennoch ein gutes Projekt dar.

StR Leon Held (SPD) teilt mit, dass die SPD-Fraktion bereits seit einem langen Zeitraum die Realisierung einer städtischen Wohnbaugesellschaft fordert. Dadurch wäre die Gestaltung dieses Projektes leichter. Die SPD-Fraktion wird die Realisierung einer städtischen Wohnbaugesellschaft in den Haushaltsanträgen erneut fordern.

StR Haas wirbt für die Realisierung von diesem Projekt. Es werden jährlich 400.000 neue Wohnungen benötigt. In diesem Jahr werden voraussichtlich 200.000 Wohnungen und im nächsten Jahr voraussichtlich 100.000 Wohnungen realisiert werden.

Es werden ebenso Gewerbeflächen benötigt. Um den Bedarf an Wohnraum zu decken und die Mietpreise zu senken, werden Wohnungen benötigt.

Bei diesem Projekt entstehen mietpreisgedämpfter Wohnraum sowie Pflegeplätze.

Ihn interessiert, ob für dieses Projekt die Förderprogramme von Land und Bund geprüft wurden, damit mehr mietpreisgedämpfter Wohnraum entstehen kann.

Herr Rieger antwortet, dass es früher viele Programme gegeben hat. Derzeit gibt es viele Programme zu der Thematik Energie.

Die derzeitigen Förderprogramme sind auf kommunale anstatt auf private Vorhaben ausgerichtet.

Er teilt zu dem Angebot von mietpreisgedämpften Wohnraum mit, dass diese eine gemeinsame Sache darstellt und eine Durchmischung stattfindet.

StR Raisch äußert zu dem Gewerbeproblem, dass einige Stadträte an dem Wohnbaugipfel teilgenommen haben und es ebenfalls positiv wäre, wenn auf die Gewerbeproblematik geachtet werden würde. Für ihn sind bei dem Projekt die Gewerbebetriebe im Umfeld von Bedeutung.

Er hat bereits vor der Fassung der Grundsatzentscheidung geäußert, dass ein Gewerbetreibender Probleme bezüglich des Lärms erkennt und führt dies aus.

Bei den Lärmwerten der Gewerbe sind Probleme bereits vorprognostiziert. Er stellt die Frage, ob jedoch abgewartet wird, wie sich die Situation entwickeln wird.

Es ist wichtig, dass kein neues Problemfeld entsteht.

Zu der rechtlichen Situation interessiert StR Raisch, ob sich durch das angrenzende Wohngebiet diese ändern und weniger Lärm zulässig sein wird.

Die Aussage der Verwaltung, dass die Stadt bezüglich des Projektes keine Entscheidungen treffen kann, dementiert er, da es sich bei dem Gebiet bisher um ein Gewerbegebiet handelt und dort Wohnraum entstehen soll.

StR Raisch stimmt zu, dass die Anzahl an Autos abnehmen soll, gibt jedoch zu bedenken, dass die Zulassungszahlen im Landkreis eine andere Situation darstellen.

Er hat bereits oft gehört, dass bei Tiefgaragen Probleme mit dem Parken entstehen, da die Verkehrsteilnehmenden bei einem kurzen Parken häufig oberirdisch parken.

Die rechtliche Situation laut der LBO entspricht nicht der Realität.

Es sollte nicht bereits im Vorfeld ein Problem geschaffen werden.

Die Vorstellung stellt Utopia dar und wird in der Realität nicht funktionieren.

StR Raisch teilt mit, dass das Projekt unter anderem als Ghetto, JVA, Betonklotz oder Fremdkörper angesehen wird.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erwidert, dass er keine Kenntnis hat, ob dies in der Sitzung geäußert wurde, er diese Aussagen jedoch nicht gehört hat.

StR Raisch erklärt, dass dies ebenfalls Äußerungen aus der Bevölkerung darstellen.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erläutert, dass die Stadt bei privaten Grundstücken lediglich schwer mitreden kann. Dies ist in diesem Fall möglich, da eine Abstufung des Gewerbegebietes zum einem Wohngebiet vorgenommen werden soll. Oberbürgermeister Klaus Heininger führt dies aus.

Herr Manfred Mezger (Büro mquadrat) führt die Lärmsituation aus.

Der Lärm stellt bei dem Bebauungsplan das Wichtigste dar. Es ist wichtig, dass keine Probleme entstehen.

Das Schallgutachten ist zweiteilig. Zur Wohnnutzung muss eine Norm eingehalten werden. Ebenfalls muss der Gewerbelärm eingehalten werden. Hierfür wurde bei den Firmen ermittelt, welchen Lärm diese heute erzeugen und die Auswirkungen auf die Wohnbebauung. Herr Mezger erläutert dies. Es wird ein vorhabensbezogener Bebauungsplan erstellt, damit eine Konfliktfreiheit gewährleistet wird.

Oberbürgermeister Klaus Heininger ergänzt, dass das Bestandschutzgebot sich im Vordergrund befindet.

StRin Angela Schirling (SPD) teilt mit, dass von StR Strohm, StR Haas und Oberbürgermeister Klaus Heininger bereits viel geäußert wurde.

Es wird Wohnraum benötigt.

Dieses Projekt stellt den richtigen Übergang vom Gewerbe zur Wohnbebauung dar.

Sie findet die Altersdurchmischung des Projektes durch verschiedene Wohnungsgrößen gut und hofft, dass dies ebenfalls umgesetzt wird.

Bei der Mobilität erkennt StRin Schirling keine Probleme. Sie befürchtet, dass maximal zu Beginn einige Probleme auftreten könnten. Es wird jedoch Car-Sharing-Angebote geben. Eventuell schaffen dadurch Personen ihren Zweitwagen ab.

Es ist positiv, dass die Fahrradabstellplätze im Erdgeschoss und nicht im Keller realisiert werden.

Dadurch werden die Fahrräder häufiger genutzt werden.

Die Idee, eine Packstation zu installieren, findet StRin Schirling gut und vermutet, dass dadurch Wege mit dem Auto eingespart werden.

Das Grünkonzept sieht sie als ausreichend an. Die Dachflächen werden ebenfalls begrünt werden.

StRin Schirling spricht sich für eine Weiterentwicklung des Projektes aus.

Zu der Fassadengliederung teilt sie mit, dass sie drei einzelne Gebäude erkennt. Eventuell kann durch die Gestaltung oder eine Rückversetzung die Ansicht von drei Einzelgebäuden verstärkt werden.

StRin Ingrid Held (SPD) äußert, dass sie ihre Wortmeldung zurückzieht.

StR David Hinterschweiger (FWV) teilt mit, dass die FWV-Fraktion diese Planung mittragen wird.

Für ihn sind die Kleinigkeiten bei der Planung elementar. Aus diesem Grund werden diese in der frühen Phase genannt. Er ist besorgt, dass diese zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr berücksichtigt werden können.

StR Hinterschweiger bittet, die Verbindungselemente des Gebäudes erneut zu visualisieren, da das Gremium das Vorhaben vertreten muss.

Oberbürgermeister Klaus Heininger formuliert den geänderten Beschlussantrag.

„Der Gemeinderat nimmt die Überarbeitung des städtebaulichen Entwurfs zur Kenntnis und bestätigt die vorliegende Planung für die weitere Entwicklung des Dehner-Areals.

Der Gemeinderat beschließt die vorliegende Planung vom 14./16.09.2022 als Grundlage für die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB.

Die vorliegende Planung, insbesondere die Gliederung und die Fassadengestaltung als drei Einzelgebäude entlang der Stuttgarter Straße, werden im weiteren Planungsprozess weiterhin optimiert.“

StR Autenrieth äußert, dass 85 Wohnungen und 94 Stellplätze sowie weitere Stellplätze im öffentlichen Raum realisiert werden.

Oberbürgermeister Klaus Heininger äußert, dass dies private Stellplätze darstellen.

StR Autenrieth ergänzt, dass 27 öffentliche Parkplätze für das Pflegeheim eingeplant sind.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erklärt, dass diese Parkplätze auf privatem Grundstück realisiert werden.

Herr Ringleb zeigt auf der Präsentation die geplanten Stellplätze und führt dies aus.

StR Autenrieth äußert, dass diese 27 Stellplätze dem Pflegeheim und nicht den Wohnungen zugeordnet sind.

Trotz des Erstellens von Lärmschutzgutachten bei verschiedenen Firmen treten weiterhin in Eislingen Probleme mit dem Lärm auf. StR Autenrieth führt dies aus.

Er hat nicht mitgeteilt, dass die Pflanztröge in der Tiefgarage für Parkplätze entfernt werden sollen.

Oberbürgermeister Klaus Heininger fragt StR Autenrieth, ob dessen Wortmeldung beendet ist.

StR Autenrieth bestätigt dies.

StR Raisch fragt, wie der Staus der Gewerbebetriebe in der Umgebung durch dieses Projekt verändert wird.

Oberbürgermeister Klaus Heininger antwortet, dass dieser nicht verändert wird, da ein Bestandsschutz vorliegt.

StR Raisch befürchtet, dass dies verändert wird, sobald die Wohnbebauung überwiegt.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erklärt, dass dies lediglich erfolgt, wenn der Gebietscharakter neu definiert wird.

Dies erfolgt durch dieses Projekt nicht.

StR Raisch fragt nach, ob dieses Projekt keinen Einfluss auf den Status hat.

Herr Mezger verneint, dass sich durch dieses Projekt der Status ändert.

Der vorhabensbezogene Bebauungsplan bezieht sich auf das eine Gebiet.

Im Gewerbegebiet können jedoch nicht alle Arbeiten, welche gewollt sind, umgesetzt werden.

Diese Tatsache liegt jedoch bereits heute vor.

Oberbürgermeister Klaus Heininger fragt das Gremium, ob dieses weitere Fragen äußern möchte.

Das Gremium verneint dies.

Oberbürgermeister Klaus Heininger teilt mit, dass eine Beschlussfassung über den geänderten Beschlussantrag erfolgt.

Es sind 21 Abstimmungsberechtigte anwesend.

Mehrheitlich, bei 17 positiven Stimmen und 4 Gegenstimmen, wird

beschlossen:

- Der Gemeinderat nimmt die Überarbeitung des städtebaulichen Entwurfs zur Kenntnis und bestätigt die vorliegende Planung für die weitere Entwicklung des Dehner-Areals.
- Der Gemeinderat beschließt die vorliegende Planung vom 14./16.09.2022 als Grundlage für die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB.

- Die vorliegende Planung, insbesondere die Gliederung und die Fassadengestaltung als drei Einzelgebäude entlang der Stuttgarter Straße, werden im weiteren Planungsprozess weiterhin optimiert.

TOP 7

Neubau eines 4-gruppigen Kindergartens im Tälesweg 39 - Vergabe von Bauleistungen

StR Andreas Cerrotta (FWV) verlässt um 19:07 Uhr die Sitzung.

Oberbürgermeister Klaus Heininger begrüßt Herrn Benjamin Feller (Kamm Architekten BDA PartmbB) sowie Herrn Christoph Braun (Leiter Hochbauamt und Immobilien) zu diesem Tagesordnungspunkt und verweist auf die dem Protokoll beigefügte Sitzungsvorlage Nr. 167/2022.

Er teilt mit, dass der Sachverhalt in der Sitzungsvorlage dargestellt ist.

Oberbürgermeister Klaus Heininger äußert, dass er an die Vorberatung der Thematik im Ausschuss für Technik und Umwelt am 10.10.2022 anknüpfen möchte. Die Aussagen konnte er der Beschlussübersicht entnehmen.

Es fand eine grundlegende Diskussion über das Projekt statt, da aus Kostengründen Unbehagen bestehen. Er hat großes Verständnis für die Stadträtinnen und Stadträte, welche Überlegungen tätigen und in Erwägung ziehen, die Ausschreibung aufzuheben und die Karten neu zu mischen.

StR Andreas Cerrotta (FWV) nimmt ab 19:10 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Oberbürgermeister Klaus Heininger fährt fort, dass dieses Agieren aufgrund der Preisentwicklung jedoch gut überlegt werden muss. Er hat Verständnis für diesen Wunsch, jedoch ebenfalls die Befürchtung, dass im Februar oder März 2023, wenn eine erneute Ausschreibung erfolgt, die Preise nicht deutlich geringer sein werden.

Oberbürgermeister Klaus Heininger würde dieser Vorgehensweise zustimmen, wenn die Befürwortenden garantieren können, dass die Preise bei einer erneuten Ausschreibung im Frühjahr mindestens um 30 Prozent niedriger sind. Dies kann jedoch nicht garantiert werden.

Die Auftragsbücher der Firmen sind voll. Es hat ein kleiner Rückgang in Höhe von zwei Prozent bei den Einzelgebäuden, hingegen ein Zuwachs bei den anderen Gebäuden, stattgefunden.

Er könnte sich zudem mit der Aufhebung der Ausschreibung und der Durchführung einer neuen Ausschreibung im Frühjahr anfreunden, wenn bei dieser Maßnahme eine Turnhalle oder eine Bauhofhalle gebaut werden würde.

Bei dieser Maßnahme soll jedoch ein Kindergarten gebaut werden, welcher dringend benötigt wird.

Die Warteliste der Kinder nimmt zu.

Ob bei einer erneuten Ausschreibung niedrigerer Preise erzielt werden, ist ungewiss.

Durch diese Vorgehensweise kann jedoch das Vertrauen in das Rathaus verspielt werden.

Es würde bei der Bereitstellung von weiteren Betreuungsplätzen ein weiterer Verzug von etwa einem dreiviertel Jahr entstehen.

Aus diesem Grund warnt die Verwaltung das Gremium vor einer Aufhebung der Ausschreibung.

Die Auftragsbücher der Firmen sind voll.

Diese Überlegungen müssen bei komplexen Themen getätigt werden.

Die Bauweisen der geplanten Kindertagesstätten im Tälesweg sowie im Gebiet Beund können nicht miteinander verglichen werden.

Die Architekten können Einsparmöglichkeiten vorschlagen. Diese haben jedoch in der Regel negative Auswirkungen und müssen in den Folgejahren teurer nachgeholt werden.

Die Qualität dieser Einrichtung stellt den Unterschied zu dem im Gebiet Beund geplanten Turbo-Kindergarten dar. Der Turbo-Kindergarten wurde aus der Not geplant und wird voraussichtlich eine Lebensdauer von 30 bis 40 Jahre aufweisen.

Bei dem Kindergarten im Tälesweg wurden ein VwV-Verfahren sowie ein Wettbewerb durchgeführt und die Auswahl des Büros ist erfolgt. Diese Vorgehensweise wurde gemeinsam vom Gremium beschlossen.

Zu dieser Zeit, wo viele preissteigende Faktoren, wie unter anderem die Energiekrise und die Materialknappheit, vorliegen, erfolgt die Realisierung.

Wenn sich die Inbetriebnahme um ein dreiviertel Jahr verzögert, verursacht dies nicht lediglich Kosten, sondern die Stadt verspielt ebenfalls das Vertrauen der Eltern.

Aus diesem Grund möchte Oberbürgermeister Klaus Heininger das Gremium vor einer Aufhebung der Ausschreibung, trotz des Verständnisses für diesen Wunsch, warnen.

Eine Aufhebung wäre rechtlich möglich, es stellt jedoch die Frage dar, ob dies tatsächlich einen Nutzen hat.

Diese Gesichtspunkte sind für die heutige Entscheidung wichtig.

Oberbürgermeister Klaus Heininger fragt das Gremium, ob dieses Fragen äußern möchte.

StRin Daniela Wahl (FWV) äußert, dass ihr bewusst ist, dass so zeitnah wie möglich ein Kindergarten benötigt wird.

Es wird zurecht die Befürchtung geäußert, dass die Eltern das Vertrauen in die Stadt verlieren, wenn die Realisierung verzögert wird. Dieses Vertrauen verlieren jedoch ebenfalls andere Personen, wenn diese Vergabe, wie vorgesehen, erfolgt, da das Geld ebenfalls erwirtschaftet werden muss.

Sie hat keine Kenntnis, woher Oberbürgermeister Klaus Heininger die Information erhalten hat, die Auftragsbücher der Firmen jedoch nicht voll sind.

Über die künftigen Preisentwicklungen kann keine Person eine sichere Auskunft mitteilen.

Es besteht jedoch bei einer erneuten Ausschreibung die Möglichkeit, dass mehr Bieter ein Angebot abgeben und ein größerer Wettbewerb stattfindet.

StRin Wahl bittet, im Tälesweg ebenfalls einen Turbo-Kindergarten zu realisieren, da diese Bauweise Zeit spart. Sie hat Kenntnis, dass diese Bauweise keine Lebensdauer von 100 Jahren aufweist. Es besteht jedoch keine Kenntnis über die zu diesem Zeitpunkt vorliegende Situation und die benötigte Anzahl an Betreuungsplätzen.

Die Bauweise des Turbo-Kindertages im Beund hat eine Lebensdauer von etwa 40 Jahren. Nach diesem Zeitraum könnte bei Bedarf für denselben Preis ein erneuter Turbo-Kindergarten realisiert werden.

Sie bittet die Verwaltung, die öffentliche Ausschreibung bis zum Frühjahr zurückzustellen, Einsparmöglichkeiten vorzunehmen, die Bauweise zu ändern und einen Turbo-Kindergarten zu realisieren.

StR Manfred Strohm (CD) äußert, dass eine schwierige Abwägung erfolgen muss.

Auf der einen Seite befindet sich das Interesse der Eltern. Es wird kommuniziert, dass Eislingen eine familien- und kinderfreundliche Stadt darstellt.

Dies befindet sich im Widerspruch zu der finanziellen Abwägung.

Rund vierzig Prozent der Vergaben weisen eine Preissteigerung in Höhe von elf Prozent gegenüber der letzten Kostenrechnung auf.

Es besteht die Möglichkeit, dass für die restlichen 60 Prozent eine geringere Preissteigerung eintritt.

Dies ist jedoch ungewiss.

Die Kosten für die Errichtung des Kindergartens werden acht Millionen Euro betragen.

Oberbürgermeister Klaus Heininger berichtet, dass die Kosten derzeit etwa sieben Millionen Euro betragen.

StR Strohm äußert, dass bei den Ausschreibungen lediglich eins der drei Gewerke, der Holzbau, aufgehoben werden kann, da sich die wirtschaftlichste Angebotssumme 20 Prozent über der Kostenberechnung befindet.

StR Strohm fragt nach der Situation, die anderen Gewerke betreffen.

Er bittet, in Zukunft die gewählten Standards bei der Realisierung von Kindertageseinrichtungen zu überprüfen.

Herr Dirk Ringleb (Fachbereichsleiter Bauen) erklärt, dass die Ausschreibung für die anderen Gewerke ebenfalls aufgehoben werden kann.

Es besteht jedoch die Gefahr, dass Forderungen von den Firmen eingehen, welche abgegolten werden müssen. Dies erfolgt jedoch innerhalb eines überschaubaren Rahmens und umfasst den Aufwand zur Erstellung eines Angebotes.

StR Markus Schweizer (CDU) äußert, dass die CDU-Fraktion grundsätzlich den Handlungsdruck sieht. Es müssen schnellstmöglich Kindergartenplätze geschaffen werden.

Der Bau eines Kindergartens ist hierfür positiv. Die Situation in der Welt hat sich geändert.

StR Schweizer stellt den Änderungsantrag, die Ausschreibung der Gewerke aufzuheben und eine Ausführung in einer anderen Bauweise vorzunehmen.

Er erläutert die Antragstellung. Eine Person hat geäußert, dass gewisse Standards geändert werden müssen, damit die Baukosten geringer werden. Zudem sollte mehr Holz verwendet werden.

Es besteht zudem keine Kenntnis, ob in 40 Jahren aufgrund des demografischen Wandels diese Kindertageseinrichtung überhaupt noch benötigt wird.

StRin Ulrike Haas (Bündnis 90/Die Grünen) bemerkt, dass im privaten Bereich ebenfalls eine Preissteigerung in Höhe von 11,5 Prozent stattfindet.

Beim Holz hat eine besonders hohe Preissteigerung in Höhe von 30 bis 35 Prozent stattgefunden.

Die Situation innerhalb der Welt ist, wie sie ist. Die Realisierung des Kindergartens könnte bereits weiter fortgeschritten und der Kindergarten gebaut werden.

Im Jahr 2020 fand die erste Beratung statt und es wurden verschiedene Prüfanträge, ebenfalls von den

Stadträten, welche eine den Bau zurückstellen möchten, gefordert.

Es stellt sich heraus, dass in jedem Jahr, bei Verzögerungen Preissteigerungen stattfinden.

StRin Haas ist der Ansicht, dass keine Preisverbesserungen eintreten, weder bei dem Holzmarkt, noch bei anderen Materialien. Ebenfalls wird keine Entspannung auf dem Fachkräftemarkt erkannt. Dieses Problem besteht weiterhin.

Es stellt die Verpflichtung der Stadt dar, Betreuungsplätze bereit zu stellen.

Die Realisierung eines Kindergartens kann, wie bei dem Kindergarten im Gebiet Beund, in einer einfachen Ausfertigung erfolgen. Jedoch ist die Topografie bei dem Standort im Tälesweg nicht einfach.

Ein Teil des Gremiums möchte aufgrund einer Preissteigerung in Höhe von 11,5 Prozent eine neue Planung vornehmen.

StRin Haas steht weiterhin hinter der getroffenen Entscheidung über die ausgewählte Architektur.

Die gesammelten Erfahrungen können bei künftigen Bauprojekten eingesetzt werden. Eventuell werden in Zukunft weitere Turbo-Kindergärten realisiert werden. Sie stimmt zu, dass eine Kindertageseinrichtung eine hohe Aufenthaltsqualität benötigt und Holz ein gutes Klima schafft.

StRin Angela Schirling (SPD) teilt mit, dass sie eine ähnliche Ansicht vertritt.

Es ist schwer diesen Preissteigerungen zuzustimmen. Jedoch ist ungewiss, ob bei einer Aufhebung der Ausschreibung günstigere Angebotspreise eingehen werden.

Durch die Inflation, die Energiepreise und die Materialpreissteigerungen ist StRin Schirling der Auffassung, dass die Preise nicht sinken werden. Die Auftragsbücher der Firmen sind eventuell nicht mehr so voll, die Preise werden jedoch vermutlich dennoch nicht sinken.

Es besteht ein Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze und es müssen Betreuungsplätze realisiert werden.

Die Stadt muss künftig prüfen, welche Bauvorhaben sie sich leisten kann und ob es gute günstigere Bauweisen gibt.

Wäre die derzeitige finanzielle Situation anders, würde StRin Schirling eventuell eine andere Entscheidung treffen. Bei der derzeit vorliegenden Situation wird sie dem Kindergartenbau zustimmen.

StR Andreas Cerrotta (FWV) erklärt, dass das Bestehen eines Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz, der Bedarf eines weiteren Kindergartens sowie der Bau eines Kindergartens unbestritten sind.

Die finanziellen Mittel der Stadt stellen jedoch ebenfalls Steuermittel dar.

Projekte in privaten Bereichen können in der derzeitigen Situation in Frage gestellt werden.

Die Realisierung des Kindergartens in dieser Ausführung zu diesem Zeitpunkt stellen ein Dilemma dar.

In der Umgebung der Stadt Eislingen wird ein viergruppiger Kindergarten mit Kosten in Höhe von 4,2 Millionen Euro brutto gebaut. StR Cerrotta fragt, ob dieser vergleichbar mit dem geplanten Kindergartenbau im Tälesweg ist.

StR Cerrotta bittet, um die Darstellung von zwei Ausführungen der Kindertageseinrichtung. Die eine Darstellung soll die geplante Ausführung und die andere Darstellung eine kostengünstigere Ausführung enthalten. Es sollen die Abschläge sowie die Möglichkeiten dargestellt werden.

Oberbürgermeister Klaus Heininger äußert, dass Möglichkeiten vorliegen.

Der Vergleich des Kindergartens, welcher von StR Cerrotta angesprochen wurde, mit dem Kindergarten im Tälesweg stellt einen Vergleich von Äpfeln mit Birnen dar.

Die Verwaltung hat sich mit diesem Kindergarten auseinander gesetzt. Bei einer genauen Betrachtung ist dieser Kindergarten nicht viel günstiger als der Kindergarten im Tälesweg.

Es muss bedacht werden, dass bei einer erneuten Planung des Kindergartens in einer günstigeren Bauweise etwa ein dreiviertel Jahr verloren geht. Es muss hierfür unter anderem die Topografie beachtet und ein neues Baugesuch eingereicht werden.

Dies benötigt Zeit und Zeit kostet Geld. Die allgemeine Inflation beträgt derzeit zehn Prozent.

Es muss eine Abwägung erfolgen, ob der Kindergarten jetzt gebaut oder eine neue Planung vorgenommen werden soll.

Die Preisentwicklung ist nicht voraussehbar.

Viele Personen äußern, dass in den nächsten zwei Jahren voraussichtlich nicht mit einer deutlichen Reduzierung der Baukosten zu rechnen ist.

Die Stadt Eislingen befindet sich in einem Bundesland, in welchem die finanzielle Situation gut ist. In anderen Bundesländern liegen mehr Probleme aufgrund der gestiegenen Kosten vor.

Der Wunsch stellt die Reduzierung der Preise dar. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass dies in den nächsten sechs bis neun Monaten eintreten wird.

Herr Ringleb erklärt, dass er den Bau der viergruppigen Einrichtung in einer anderen Kommune einem Faktencheck unterzogen und mit einem Architekten gesprochen hat.

Die Baukosten betragen 4,6 Millionen Euro brutto.

Es fand eine Betrachtung der Bauunterlagen bei dem Projekt im Tälesweg und bei dem Projekt in einer anderen Kommune Stadt. Herr Ringleb nennt die Unterschiede der Projekte.

StR Jürgen Eisele (CD) verlässt um 19:37 Uhr die Sitzung.

Herr Ringleb fährt mit der Erläuterung fort.

Das Projekt in der anderen Kommune wurde noch nicht ausgeschrieben und vergeben. Das Projekt ist jedoch nicht an eine öffentliche Ausschreibung gebunden. Herr Ringleb erläutert dies.

In einem Zeitungsartikel ist ein Bauvorhaben desselben Architekten dargestellt, welches als öffentliches Bauvorhaben realisiert wird, bei welchem sich die Kosten um 51 Prozent erhöht haben.

Oberbürgermeister Klaus Heininger dankt StR Cerrotta für die Nennung dieses Projektes in einer anderen Kommune.

Er findet es positiv, dass sich die Stadträtinnen und Stadträte umhören. Dies stellt ein gutes Engagement dar.

Es ist jedoch wichtig, dass lediglich ein Vergleich bei vergleichbaren Projekten erfolgt.

Das Projekt der Realisierung einer Kindertageseinrichtung im Tälesweg hat ebenfalls mit 4,5 Millionen Euro gestartet.

Die Realisierung der 4-gruppigen Einrichtung in der anderen Kommune ist nicht an eine öffentliche Ausschreibung gebunden.

Die beiden Projekte sind nicht vergleichbar.

StR Jürgen Eisele (CD) nimmt ab 19:40 Uhr wieder an der Sitzung teil.

StR Axel Raisch (CDU) stimmt zu, dass keine Kenntnis über die Preise vorliegen, er ist jedoch der Ansicht, dass massenhaft Aufträge zurückgestellt werden und die Preise dadurch sinken. Dies stellt das Prinzip der Marktwirtschaft dar.

StR Raisch hat sich im Handwerk umgehört. Dort hat er die Information erhalten, dass die Preise sinken werden.

Aufgrund der Sanktionspolitik wird ein großer Einbruch bei den Aufträgen erfolgen, ebenfalls im Bereich des Handwerks.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erwidert, dass diese Situation eintreten kann, jedoch nicht muss. Er teilt mit, dass zunächst über den Antrag, die Ausschreibung aufzuheben und den Kindergartenbau in einer Holzmodulbauweise neu zu planen, eine Abstimmung erfolgen wird.

Oberbürgermeister Klaus Heininger formuliert den nachstehenden Beschlussantrag.

„Die Ausschreibung des „Vergabepakets 1“ für den Neubau des 4-gruppigen Kindergartens im Tälesweg 39 wird aufgehoben und der Neubau des 4-gruppigen Kindergartens wird neu in Holzmodulbauweise geplant.“

Er fragt das Gremium, ob dieses weitere Fragen äußern möchte.

Das Gremium verneint dies.

Es sind 21 Abstimmungsberechtigte anwesend.

Mehrheitlich, bei 6 positiven Stimmen, 12 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen, wird

abgelehnt:

Die Ausschreibung des „Vergabepakets 1“ für den Neubau des 4-gruppigen Kindergartens im Tälesweg 39 wird aufgehoben und der Neubau des 4-gruppigen Kindergartens wird neu in Holzmodulbauweise geplant.

StRin Wahl bittet, ebenfalls eine Beschlussfassung über die Aufhebung der Ausschreibung und eine neue Ausschreibung im Frühjahr 2023 vorzunehmen.

Oberbürgermeister Klaus Heininger teilt mit, dass hierfür ein Antrag gestellt werden muss.

StR Andreas Cerrotta (FWV) stellt den Antrag, die Ausschreibung des Vergabepakets 1 aufzuheben und im Frühjahr 2023 eine neue Ausschreibung vorzunehmen.

Oberbürgermeister Klaus Heininger formuliert den nachstehenden Beschlussantrag.

„Die Ausschreibung des „Vergabepakets 1“ für den Neubau des 4-gruppigen Kindergartens im Tälesweg 39 wird aufgehoben und die Ausschreibung im Frühjahr 2023 erneut durchgeführt.“

Es sind 21 Abstimmungsberechtigte anwesend.

Mehrheitlich, bei 8 positiven Stimmen und 13 Gegenstimmen, wird

abgelehnt:

Die Ausschreibung des „Vergabepakets 1“ für den Neubau des 4-gruppigen Kindergartens im Tälesweg 39 wird aufgehoben und die Ausschreibung im Frühjahr 2023 erneut durchgeführt.

Oberbürgermeister Klaus Heininger teilt mit, dass die Beschlussfassung über den in der Sitzungsvorlage dargestellten Beschlussantrag erfolgt.

Es sind 21 Abstimmungsberechtigte anwesend.

Mehrheitlich, bei 16 positiven Stimmen und 5 Gegenstimmen, wird

beschlossen:

1. Die Ausschreibungsergebnisse des „Vergabepakets 1“ für den Neubau des 4-gruppigen Kindergartens im Tälesweg 39 mit einer Gesamtsumme in Höhe von 2.660.179,30 € (brutto) werden zur Kenntnis genommen.

Die Gesamtsumme setzt sich aus vier Einzelgewerken wie folgt zusammen:

Der Vergabe für die Rohbauarbeiten an die Firma Wilhelm Keller GmbH & Co. KG aus 73770 Denkendorf zu einem Angebotspreis in Höhe von 835.828,01 € (brutto) wird zugestimmt.

Der Vergabe für die Gerüstbauarbeiten an die Firma Baisch Gerüstbau GmbH & Co. KG aus 72574 Bad Urach zu einem Angebotspreis in Höhe von 47.384,79 € (brutto) wird zugestimmt.

Der Vergabe für die Holzbau- und Zimmerarbeiten an die Firma Rieg Holzbau aus 73527 Schwäbisch Gmünd zu einem Angebotspreis in Höhe von 1.726.867,50 € (brutto) wird zugestimmt.

Der Vergabe für die Förderanlagen / Aufzugsarbeiten an die Firma KONE GmbH aus 30179 Hannover zu einem Angebotspreis in Höhe von 50.099,00 € (brutto) wird zugestimmt.

2. Der Kostensteigerung des „Vergabepakets 1“ in Höhe von insgesamt 260.179,30 € (brutto), die sich aus der aktuell bedingt überhitzten Marktsituation und Preisentwicklung ergeben hat, wird zugestimmt.

TOP 8**Weiterentwicklung des Areals um die Lutherkirche**

Herr Oliver Marzian (Fachbereichsleiter Bürgerdienste) verlässt um 19:45 Uhr die Sitzung.

StR Leon Held (SPD) verlässt um 19:45 Uhr die Sitzung.

Oberbürgermeister Klaus Heininger verweist auf die dem Protokoll beigefügte Sitzungsvorlage Nr. 141/2022.

Er teilt mit, dass der Sachverhalt in der Sitzungsvorlage dargestellt ist und bittet Herrn Dirk Ringleb (Fachbereichsleiter Bauen), den Sachverhalt zu erläutern.

Dirk Ringleb (Fachbereichsleiter Bauen) äußert, dass drei Anträge zu dieser Thematik eingegangen sind und nennt die in der Anlage der Sitzungsvorlage dargestellten Anträge.

StR David Hinterschweiger (FWV) verlässt um 19:46 Uhr die Sitzung.

Herr Ringleb erklärt, dass über diese Thematik bereits mehrfach Diskussionen im Gremium stattgefunden haben.

Der Gemeinderat hat die Thematik in Richtung Öffentlichkeit abgegeben.

Am 09.05.2022 hat das Forum Stadtentwicklung stattgefunden und hat ein konfuse Ergebnis hervorgebracht.

Die von der CD-Fraktion und CDU-Fraktion gestellten Anträge sind ebenfalls konträr und es kann keine Entwicklung in eine Richtung erfolgen.

StRin Angela Schirling (SPD) verlässt um 19:47 Uhr die Sitzung.

Herr Ringleb fährt mit der Erläuterung des Sachverhaltes fort.

Die Verwaltung hat Überlegungen getätigt, wie die Situation gelöst werden kann.

Die konträren Themen stellen städtebauliche Weichenstellungen dar, über welche immer wieder Diskussionen aufkommen.

Zu diesen Themen liegen konträre Ansichten innerhalb des Gremiums vor.

Die Idee stellt dar, einen leicht übergeordneten Planungsprozess zu vollziehen. Es soll ein integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) erarbeitet werden.

Das Grundkonzept von dem Büro Baldauf wurde vor vielen Jahren erstellt und es kommen bei vielen Projekten die Themen, wie unter anderem das Grün oder die Parkierung, auf.

StR Leon Held (SPD) nimmt ab 19:47 Uhr wieder an der Sitzung teil.

StR David Hinterschweiger (FWV) nimmt ab 19:47 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Herr Ringleb teilt mit, dass das Thema erneut in einem größeren Kontext behandelt werden sollte.

Herr Oliver Marzian (Fachbereichsleiter Bürgerdienste) nimmt ab 19:48 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Ringleb äußert, dass er jedoch keine Kenntnis hat, ob dies zu einem Ergebnis führen wird. Nicht nur die städtebaulichen Aspekte, sondern ebenfalls unter anderem die Themen Verkehr, Soziales, oder Klima sollen gemeinsam aufgearbeitet und die Bevölkerung miteinbezogen werden. Durch diese Vorgehensweise können eventuell bei der Planung Fortschritte erzielt werden. Die Entwicklung des Lutherkirchenareals soll nicht ausgebremst werden. Das ISEK soll begleitend erstellt werden.

StRin Schirling (SPD) nimmt ab 19:50 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Herr Ringleb fährt fort, dass Sanierungsgebiete zusammengelegt werden sollen. Dies wurde bereits mit dem Regierungspräsidium besprochen. Es besteht noch keine Kenntnis, wohin diese gesamte Vorgehensweise führen wird. In den nächsten Sitzungen wird eine Aufarbeitung und Vorstellung erfolgen. Innerhalb des Gremiums besteht die Einigkeit, dass auf dem Lutherkirchenareal ein Mehrgenerationenhaus entstehen soll.

StR Axel Raisch (CDU) verlässt um 19:51 Uhr die Sitzung.

Herr Ringleb bemerkt, dass über die weiteren Punkte noch keine Einigkeit vorliegt. Aus diesem Grund wird die Thematik erneut mit dem ISEK bearbeitet werden, obwohl diese Vorgehensweise Zeit in Anspruch nimmt und eine Personalknappheit innerhalb der Verwaltung vorliegt.

Oberbürgermeister Klaus Heininger stimmt zu, dass das Forum Stadtentwicklung gezeigt hat, dass konträre Ansichten über die Entwicklung vorliegen. Die Stadt wird dieses Votum ernst nehmen und berücksichtigen.

Das ISEK sollte ohnehin parallel erfolgen.

Die Stadt möchte die Sanierungsgebiete zusammenfassen. Diese Idee wurde dem Regierungspräsidium sowie dem Wirtschaftsministerium vorgestellt. Es wurde eine positive Rückmeldung abgegeben.

StR Axel Raisch (CDU) nimmt ab 19:53 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Oberbürgermeister Klaus Heininger teilt mit, dass drei Kernpunkte aus dem Forum aufgenommen wurden.

Ein Punkt stellt der Blickbezug zwischen der Hirschkreuzung und der Lutherkirche dar, welcher nicht verbaut werden soll. Dies ist der Bevölkerung und der Lutherkirchengemeinde wichtig.

Ein weiterer Punkt stellt dar, dass mehr ansprechende Grünfläche sowie eine Platzfläche bei der Lutherkirche entstehen sollen. Die Fläche kann von der Ulmer Straße geschützt werden.

Überlegungen zu einer maßvollen Bebauung mit neuen städtebaulichen Überlegungen und Grundzügen auf Grundlage der Planung des Büros Morpho-Logic stellt der dritte Punkt dar.

Oberbürgermeister Klaus Heininger ist der Auffassung, dass dies alles erfolgen kann und ein Planer die Planung vornehmen muss.

Hierfür wird das ISEK durchgeführt werden. Dies kann mit der Planung zur Entwicklung des Lutherkirchenareals ineinander greifen.

Oberbürgermeister Klaus Heininger äußert, dass er StR Manfred Strohm (CD) sowie StR Hans-Jörg Autenrieth (CDU) das Wort zur Erläuterung ihrer Anträge erteilt.

StR Manfred Strohm (CD) erklärt, dass für die CD-Fraktion der Blickbezug zur Lutherkirche sowie die Abschottung des Platzes ein Thema darstellt.

Die CD-Fraktion wird dem Vorschlag der Verwaltung, der Erstellung eines ISEK, zustimmen und bittet, die Entscheidungen zum Lutherkirchenareal jedoch nicht zurück zu stellen.

Die Erstellung eines ISEK erfordert einen hohen Arbeitsaufwand und stellt einen langen Prozess dar. Es liegen zwei Vorschläge zur Gestaltung bis zur Stadtmitte und dem Kronenmarkt von dem Büro Morpho-Logic und von dem Büro Baldauf vor. Er ist der Ansicht, dass kein vollständig neues Entwicklungskonzept erarbeitet werden muss, sondern die vorliegenden Konzepte weiterentwickelt werden können.

StR Hans-Jörg Autenrieth (CDU) erklärt, dass kein neues Konzept erstellt, sondern die vorliegenden Konzepte weiterentwickelt werden sollen.

Es liegen zwei Konzepte vor. Zu diesen sollen noch die Alternativen drei, die Entstehung eines Stadtparkes, und vier, die Realisierung einer dreigeschossigen Bebauung mit Satteldach, erarbeitet werden. StR Autenrieth führt die von ihm gewünschten Alternativen aus.

Er bittet zudem, um die Darstellung der Konzepte in 3D-Modellen. Diese Darstellung sei bereits mehrfach von ihm gefordert worden. Anschließend könne eine Abstimmung über die Weiterentwicklung des Lutherkirchenareals erfolgen.

Oberbürgermeister Klaus Heininger fragt das Gremium, ob dieses Fragen äußern möchte.

StR Uwe Reik (SPD) äußert, dass bei dem Forum Stadtentwicklung sich niemand, bis auf ein bis zwei Stimmen, für eine Bebauung vor der Lutherkirche ausgesprochen hat.

StR Reik sieht die Anträge der CD-Fraktion und CDU-Fraktion als überflüssig an und ist der Ansicht, dass dort lediglich eine Grünfläche entstehen kann.

Oberbürgermeister Klaus Heininger bemerkt, dass er dies anders empfunden hat.

StRin Ulrike Haas (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass sie die Anregungen aus der Bevölkerung bei dem Innenstadtforum, welches in der Stadthalle stattgefunden hat, zum Nachdenken gebracht hat.

Diese Thematik wurde innerhalb ihrer Fraktion kontrovers diskutiert.

StRin Haas spricht sich für die Realisierung einer Wohnbebauung und zur Schaffung von einer sozialen Infrastruktur aus. Sie stimmt dem Sichtbezug in die Stadt und auf die Lutherkirche zu und kann den Antrag der CD-Fraktion nachvollziehen.

Die Beziehungen von der Stadtmitte zum Hallenbad sollen erneut betrachtet und geprüft werden.

Es ist spannend, was unter anderem aus ökologischen, städtebaulichen, kulturellen und ökonomischen Handlungsfeldern, realisiert werden kann.

StRin Haas interessiert, ob über die Beschlussanträge a bis c eine gesammelte Beschlussfassung statt-

findet. Falls dies zutrifft, möchte sie einen Antrag zur Geschäftsordnung über die einzelne Abstimmung der Beschlussanträge stellen.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erklärt, dass die Beschlussanträge a bis c als Auswahl vorgesehen gewesen sind. Er wird noch einen abschließenden geänderten Beschlussantrag formulieren.

StRin Haas äußert, dass sie die Planung des Lutherkirchenareals weiterentwickeln möchte. Sie ist sich unschlüssig, ob das ISEK benötigt wird. Herr Ringleb soll mitteilen, wie dieses aufgrund der personellen Problematik umgesetzt werden soll.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erläutert, dass dies einen Kompromiss darstellt.

Aus dem Votum des Forums Stadtentwicklung sind die Punkte, Blickbezug zur Lutherkirche, die Grünfläche sowie eine maßvolle Bebauung mit einem neuen städtebaulichen Konzept auf Grundlage des Vorschlages des Büros Morpho-Logic, hervorgegangen.

Dies sowie die von der CDU-Fraktion geäußerte Alternative werden einem Planer als Grundlage für die Weiterentwicklung der Planung übergeben.

Es ist wichtig, die Planung nicht auf null zurückzusetzen, da bereits seit zehn Jahren eine Planung erfolgt.

Es wurden viele Anregungen aufgenommen und es besteht der Konsens, dass ein Handlungsbedarf vorliegt.

Oberbürgermeister Klaus Heininger formuliert den geänderten Beschlussantrag.

„Die Planung des Lutherkirchenareals soll auf Basis des Ergebnisses des Forums Stadtentwicklung weiterentwickelt werden. Es werden mindestens drei Planungsentwürfe / Alternativen untersucht und vorgestellt.

Einer der Varianten wird der Vorschlag des Büros Morpho-Logic zu Grunde gelegt.“

Er teilt mit, dass dieser Beschlussantrag alle Punkte enthält. Anschließend wird eine erneute Auseinandersetzung mit dem Planungsentwurf erfolgen und es kann eine erneute Einbringung des Entwurfs in das Forum Stadtentwicklung erfolgen.

StR Andreas Cerrotta (FWV) teilt mit, dass seine Fraktion dieser Vorgehensweise zustimmen kann.

Die FWV erachten das ISEK als eine grundsätzlich gute Idee.

Die FWV-Fraktion hat diesbezüglich bereits in der Vergangenheit einen Antrag gestellt.

StR Holger Haas (Bündnis 90/Die Grünen) verlässt um 20:07 Uhr die Sitzung.

StR Cerrotta fragt, ob die Erstellung des ISEKs in dem Beschlussantrag enthalten ist.

Oberbürgermeister Klaus Heininger antwortet, dass geprüft wird, ob dies erfolgen muss.

Der von der FWV-Fraktion gestellte Antrag beinhaltet den Bereich der nördlichen Geschäftsstraße in der Fortsetzung im Bereich Nord.

Dieser Bereich muss ebenfalls noch bearbeitet werden.

StR Autenrieth fragt nach, ob kein ISEK im Bereich der Lutherkirche durchgeführt wird.

Oberbürgermeister Klaus Heininger verneint dies.

StR Autenrieth bittet um die Vorstellung der drei bis vier Alternativen der Planung.
Eine Planung soll die Realisierung eines Parks und eine Planung soll die Realisierung einer Bebauung mit einem Satteldach enthalten.

Oberbürgermeister Klaus Heininger fragt das Gremium, ob dieses weitere Fragen äußern möchte.

Das Gremium verneint dies.

Es sind 20 Abstimmungsberechtigte anwesend.
Einstimmig, bei einer Enthaltung, wird

beschlossen:

Die Planung des Lutherkirchenareals soll auf Basis des Ergebnisses des Forums Stadtentwicklung weiterentwickelt werden. Es werden mindestens drei Planungsentwürfe / Alternativen untersucht und vorgestellt.

Einer der Varianten wird der Vorschlag des Büros Morpho-Logic zu Grunde gelegt.

TOP 9

Gutachterausschuss der Stadt Eislingen/Fils

Oberbürgermeister Klaus Heininger verweist auf die dem Protokoll beigefügte Sitzungsvorlage Nr. 134/2022. Er teilt mit, dass der Sachverhalt in der Sitzungsvorlage dargestellt ist.

StR Holger Haas (Bündnis 90/Die Grünen) nimmt ab 20:10 Uhr wieder an der Sitzung teil.

StR Hans-Jörg Autenrieth (CDU) verlässt um 20:10 Uhr die Sitzung.

Oberbürgermeister Klaus Heininger teilt mit, dass die Stadt Eislingen über diese Entscheidung nicht komplett glücklich ist. Die Stadt hätte es bevorzugt, wenn der Gutachterausschuss klein und kompetent beibehalten worden wäre. Dieser hat die Aufgaben schnell bearbeitet.

StRin Ulrike Haas (Bündnis 90/Die Grünen) verlässt um 20:11 Uhr die Sitzung.

Oberbürgermeister Klaus Heininger äußert, dass die Stadt froh ist, dass einige bisherige Mitglieder des Gutachterausschusses ebenfalls Mitglied im neuen Gutachterausschuss werden.
Er fragt das Gremium, ob dieses Fragen äußern möchte.

Das Gremium verneint dies.

Es sind 19 Abstimmungsberechtigte anwesend.
Einstimmig wird

beschlossen:

Der Gemeinderat beschließt, auf Grundlage des Beschlusses vom 11.02.2019 (Zustimmung zum Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Bildung eines gemeinsamen Gutachterausschuss mit der Stadt Göppingen)

1. Die Auflösung des Gutachterausschusses zum 31.10.2022
2. Die Abberufung der Mitglieder des Gutachterausschusses ab dem 01.11.2022
3. Die Aufhebung der Gutachterausschussgebührensatzung vom 07.04.2005

StRin Ingrid Held (SPD) verlässt um 20:12 Uhr die Sitzung.

TOP 10

Satzung über die Entsorgung von Kleingruben und geschlossenen Gruben (Entsorgungssatzung - ENTSS)

Oberbürgermeister Klaus Heininger verweist auf die dem Protokoll beigefügte Sitzungsvorlage Nr. 165/2022.

StR Hans-Jörg Autenrieth (CDU) nimmt ab 20:13 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Oberbürgermeister Klaus Heininger teilt mit, dass der Sachverhalt in der Sitzungsvorlage dargestellt ist und fragt das Gremium, ob dieses Fragen äußern möchte.

Das Gremium verneint dies.

Es sind 19 Abstimmungsberechtigte anwesend.
Einstimmig wird

beschlossen:

Neufassung der Satzung über die Entsorgung von Kleingruben und geschlossenen Gruben (Entsorgungssatzung – ENTSS).

TOP 11**Vergabe der Beschaffung der digitalen Medientechnik und deren Installation an den Eislinger Schulen im Rahmen des DigitalPakts Schule**

Oberbürgermeister Klaus Heininger begrüßt Frau Melanie Ocansey (Leiterin Amt für Bildung und Betreuung) zu diesem Tagesordnungspunkt und verweist auf die dem Protokoll beigefügte Sitzungsvorlage Nr. 140/2022.

Er teilt mit, dass der Sachverhalt in der Sitzungsvorlage dargestellt ist.

Frau Ocansey hat diese Thematik mit bearbeitet.

Die Zuwendungsbescheide des Landes mit einem Zuschuss in Höhe von 927.000 Euro, aufgeteilt auf die Maßnahmen an den einzelnen Schulen, sind eingegangen.

Die Stadt befindet sich auf einem guten Weg.

Oberbürgermeister Klaus Heininger fragt das Gremium, dass dieses Fragen äußern möchte.

StR Hans-Jörg Autenrieth (CDU) spricht der Verwaltung seinen Dank aus.

Er findet es gut, dass bei der Bearbeitung der Thematik einen Schritt weiter vorwärts gekommen wurde, jedoch, dass die Bearbeitung zu viel Zeit in Anspruch genommen hat.

StR Autenrieth teilt seinen Wunsch, diese Thematik schnell weiterzuentwickeln, mit.

Es sollen alle Schulen keinen Tageslichtprojektor mehr verwenden und schnelles Internet zur Verfügung stehen.

Herr Dirk Ringleb (Fachbereichsleiter Bauen) verlässt um 20:14 Uhr die Sitzung.

Herr Oliver Marzian (Fachbereichsleiter Bürgerdienste) erklärt, dass für die Realisierung des Projektes bis 2024 Zeit ist. Es wurden bereits 40 Prozent der Maßnahmen realisiert.

Das Ausschreibungsergebnis befindet sich unterhalb der Kostenberechnung.

StRin Ulrike Haas (Bündnis 90/Die Grünen) nimmt ab 20:14 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Herr Marzian teilt mit, dass die Schulen bereits flächendeckend mit WLAN ausgestattet wurden.

Die IT hat Messungen durchgeführt, ob die Internetanschlüsse der Schulen bereits ausgeschöpft werden. Wenn dies nicht zutrifft, wird zunächst kein Glasfaseranschluss benötigt. Die Realisierung eines Glasfaseranschlusses würde noch mehr Zeit in Anspruch nehmen.

Herr Dirk Ringleb (Fachbereichsleiter Bauen) nimmt ab 20:15 Uhr wieder an der Sitzung teil.

StRin Ingrid Held (SPD) nimmt ab 20:15 Uhr wieder an der Sitzung teil.

StR Autenrieth bemerkt, dass er seine Aussage als Lob geäußert hat.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erklärt, dass Glasfaseranschlüsse nicht schnell realisierbar sind.

Die Stadt ist bei der Bearbeitung der Maßnahmen des Projektes schnell.

Es wurde innerhalb von acht Tagen die Zuschussanträge gestellt.

Oberbürgermeister Klaus Heininger spricht Frau Ocansey und Herrn Marzian seinen Dank für die schnelle Bearbeitung der Thematik aus.

Die Schulen sind mit der Realisierung zufrieden. Lediglich mit der Firma, welche für die Fachbetreuung beauftragt wurde, lag keine Zufriedenheit vor. Dies hat sich verbessert.

Er teilt mit, dass die Verwaltung die Aussage von StR Autenrieth als Lob wertet.

Oberbürgermeister Klaus Heininger fragt das Gremium, ob dieses weitere Fragen äußern möchte.

Das Gremium verneint dies.

Es sind 21 Abstimmungsberechtigte anwesend.

Einstimmig wird

beschlossen:

Der Vergabe von fünf Losen zur Beschaffung und Installation von Medientechnik für die fünf Eislinger Schulen in der Höhe von insgesamt 788.566,67 € (brutto) an die Firma Rud. Meyer Technik GmbH & Co. KG aus 73430 Aalen wird zugestimmt.

TOP 12

Strombezug für kommunale Einrichtungen - Beschaffung für die Jahre 2023 bis 25: Information über das Ausschreibungsergebnis - Aufhebung der Ausschreibung

Oberbürgermeister Klaus Heininger begrüßt Herrn Christoph Braun (Leiter Hochbauamt und Immobilien) zu diesem Tagesordnungspunkt und verweist auf die dem Protokoll beigefügte Sitzungsvorlage Nr. 168/2022.

Er teilt mit, dass der Sachverhalt in der Sitzungsvorlage dargestellt ist.

StR Lothar Weccard (Bündnis 90/Die Grünen) verlässt um 20:17 Uhr die Sitzung.

Oberbürgermeister Klaus Heininger teilt mit, dass bei dem Ergebnis der Ausschreibungen die Befürchtung der Verwaltung eingetroffen ist.

Es hat eine Vervielfachung der Jahrespreise stattgefunden. Bei den Preisen wurden unter anderem Risikozuschläge einkalkuliert, da die Ausschreibung einen langen Zeitraum umfasst.

Der Vorschlag der Verwaltung stellt dar, die Bündelausschreibung aufzuheben und direkt mit Anbietern zu verhandeln.

Oberbürgermeister Klaus Heininger fragt das Gremium, ob dieses Fragen äußern möchte.

Das Gremium verneint dies.

Es sind 20 Abstimmungsberechtigte anwesend.

Einstimmig wird

beschlossen:

1. Die Ausschreibungsergebnisse für kommunale Gebäude (Los 1) und die Straßenbeleuchtung (Los 2) für die Strombelieferung für die Jahre 2023 bis 2025 werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Aufhebung der Bündelausschreibung „Strom Stadt Eislingen an der Fils 2023 ff“ wird aufgrund nicht erkennbarer Wirtschaftlichkeit zugestimmt.

TOP 13

Friedhof Süd, Erweiterung der Kolumbarien in Kombination mit der Sanierung des Ehrenhofs - Vergabe von Bauleistungen

StRin Daniela Wahl (FWV) verlässt um 20:20 Uhr die Sitzung.

Oberbürgermeister Klaus Heininger begrüßt Herrn Christoph Braun (Leiter Hochbauamt und Immobilien) zu diesem Tagesordnungspunkt und verweist auf die dem Protokoll beigefügte Sitzungsvorlage Nr. 169/2022.

Er teilt mit, dass der Sachverhalt in der Sitzungsvorlage dargestellt ist.

Es sind bei den Gewerken Preissteigerungen aufgetreten. Diese hätten jedoch noch höher ausfallen können. Ein Wettbewerb findet nicht bei allen ausgeschriebenen Gewerken statt, da viele Firmen volle Auftragsbücher haben.

Oberbürgermeister Klaus Heininger fragt das Gremium, ob dieses Fragen äußern möchte.

StR Holger Haas (Bündnis 90/Die Grünen) fragt, ob die Natursteinmauer erhalten bleibt, da bei einem anderen Auftrag die Natursteinmauer beim Höhenweg durch keine echte Natursteinmauer ersetzt wurde.

Herr Dirk Ringleb (Fachbereichsleiter Bauen) antwortet, dass in der Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt am 31.01.2022 das Verfahren beschrieben wurde und in der Sitzungsvorlage 017/2022 dargestellt ist.

Die Natursteinmauer wird abgetragen und wieder neu aufgebaut. Die Außenseite der Natursteinmauer wird künftig aufgrund der Kolumbarien nicht zu sehen sein.

StR Lothar Weccard (Bündnis 90/Die Grünen) nimmt ab 20:21 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Herr Ringleb teilt mit, dass die Mauer aus demselben Material wieder errichtet wird.

StRin Daniela Wahl (FWV) nimmt ab 20:22 Uhr wieder an der Sitzung teil.

StR David Hinterschweiger (FWV) interessiert, auf welchen Plattformen die Ausschreibung ausge-

schrieben wurde.

Herr Christoph Braun (Leiter Hochbauamt und Immobilien) antwortet, dass die Ausschreibung auf der Plattform Vergabe24 sowie auf der Homepage der Stadt Eislingen/Fils eingestellt wurde.

Es hat lediglich bei einem Gewerk, den Klempnerarbeiten, eine beschränkte Ausschreibung stattgefunden. Bei diesem Gewerk wurden acht Firmen zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert. Eine Firma hat ein Angebot abgegeben.

Herr Ringleb ergänzt, dass die Ausschreibung zusätzlich in der Eislinger Zeitung erfolgt ist.

Oberbürgermeister Klaus Heininger fragt das Gremium, ob dieses weitere Fragen äußern möchte.

Das Gremium verneint dies.

Es sind 21 Abstimmungsberechtigte anwesend.

Einstimmig wird

beschlossen:

1. Den Ausschreibungsergebnissen für die Erweiterung der Kolumbarien in Kombination mit der Sanierung des Ehrenhofs mit einer Gesamtsumme in Höhe von 562.729,47 € (Brutto) wird zugestimmt.

Die Gesamtsumme setzt sich aus fünf Einzelgewerken wie folgt zusammen:

- 1.) **Beton- und Stahlbetonarbeiten:** Der Vergabe an die Firma Leonhard Weiss GmbH & Co. KG aus 73037 Göppingen wird mit der Gesamtsumme in Höhe von 105.753,57 € (Brutto) zugestimmt.
 - 2.) **Betonarbeiten als Fertigteile:** Der Vergabe an die Firma Bürkle Betonfertigteile GmbH & Co. KG aus 70736 Fellbach wird mit der Gesamtsumme in Höhe von 184.801,05 € (Brutto) zugestimmt.
 - 3.) **Landschaftsbauarbeiten:** Der Vergabe an die Firma Grünanlagen Schwarz GmbH aus 73430 Aalen wird mit der Gesamtsumme in Höhe von 243.495,37 € (Brutto) zugestimmt.
 - 4.) **Natursteinarbeiten:** Der Vergabe an die Firma Grünanlagen Schwarz GmbH aus 73430 Aalen wird mit der Gesamtsumme in Höhe von 23.565,45 € (Brutto) zugestimmt.
 - 5.) **Klempnerarbeiten:** Der Vergabe an die Firma Stübler Flaschnerei GmbH aus 73054 Eislingen wird mit der Gesamtsumme von 5.114,03 € (Brutto) zugestimmt.
2. Zur Finanzierung des gesamten Bauvorhabens werden überplanmäßige Mittel in Höhe von 39.477,72 € (Brutto) bewilligt.

TOP 14**Tonaufzeichnungen in den Sitzungen des Gemeinderats**

Oberbürgermeister Klaus Heininger verweist auf die dem Protokoll beigefügte Sitzungsvorlage Nr. 139/2022.

Er teilt mit, dass der Sachverhalt in der Sitzungsvorlage dargestellt ist.

Die Verwaltung hat Überlegungen getätigt, ob diese Idee sinnvoll ist und der Antrag dem Gremium näher gebracht werden soll.

Innerhalb der Verwaltung besteht Einigkeit, dass es aufwendiger ist, nach Tonaufnahmen zu protokollieren und die Aussagen zu filtern.

Die Protokolle, welche derzeit erstellt werden, sind gut und ausführlich. Er findet es erstaunlich, wie in der komprimierten Zeit die wichtigen Argumente aufgenommen werden.

Die Verwaltung hat sich in der Gesamtabwägung für Tonaufzeichnungen entschieden, hätte es jedoch bevorzugt, wenn dies Probeweise für ein halbes Jahr getestet worden wäre.

Oberbürgermeister Klaus Heininger übergibt der CDU-Fraktion das Wort, ihren Antrag zu erläutern.

StR Axel Raisch (CDU) teilt mit, dass die Tonaufzeichnung zusätzlich zu der Protokollführung erfolgen soll und nicht wie in der Sitzungsvorlage dargestellt, nach Unterzeichnung der Niederschrift gelöscht werden soll. Die Tonaufzeichnung soll anschließend weiterhin aufrecht erhalten bleiben. Dies stellt ein wichtiges Dokument dar. Das Protokoll wird höchstens von zwei Personen gelesen und eine Kontrolle des Inhaltes ist schwierig.

Ihm ist einmal eine Aussage von StR Autenrieth im Protokoll aufgefallen, welche anders geäußert wurde.

StR Raisch möchte, dass sowohl das Protokoll als auch die Tonaufzeichnung archiviert werden.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erklärt, dass über diese Vorgehensweise aus rechtlichen Gründen ein Beschluss gefasst werden muss.

StR Autenrieth äußert, dass diese Vorgehensweise ebenfalls im Landtag angewandt wird.

Oberbürgermeister Klaus Heininger bemerkt, dass dort ebenfalls 20 Personen protokollieren.

StRin Dr. Julia Ohngemach (Bündnis 90/Die Grünen) verlässt um 20:24 Uhr die Sitzung.

Frau Sonja Mebert (Leiterin Haupt- und Personalamt) erwidert, dass die Protokollierung im Landtag nicht mit der Protokollierung bei der Stadt Eisingen zu vergleichen ist.

Im Landtag wird mit Stenografie protokolliert und ein Wortprotokoll geführt.

Bei Sitzungen des Gemeinderates ist das Führen eines Ergebnisprotokolls ausreichend. Für die Darstellung der Meinungsfindung ist jedoch die Erstellung eines Verlauf Protokolls wichtig.

Für die Aufbewahrung der Tonaufzeichnungen ist die Rechtslage eindeutig. Es gibt zwar diesbezüglich keine Regelung, jedoch liegt Rechtsprechung vor. Laut dieser ist die Aufbewahrung der Tonaufzeichnung nur bis zur Unterzeichnung der Niederschrift möglich.

Eine Archivierung der Tonaufzeichnungen kann beschlossen werden, jedoch kann kein Nachhören der

Sitzungen erfolgen.

Die dauerhafte Archivierung der Tonaufzeichnungen würde viel Aufwand zur Folge haben.

Jede Datei muss auf Datenträgern alle zehn Jahre nachgespeichert werden und die Stadt Eisingen hat kein besetztes Archiv.

StRin Dr. Julia Ohngemach (Bündnis 90/Die Grünen) nimmt ab 20:26 Uhr wieder an der Sitzung teil.

StRin Angela Schirling (SPD) möchte bei dem Vergleich des Mehraufwandes im Vergleich zu dem Mehrgewinn durch die Tonaufzeichnungen wissen, welchen Nutzen diese haben.

Sie fragt, ob bereits massive Probleme bei der Protokollführung aufgetreten sind.

StRin Schirling findet die Protokolle in Ordnung.

Als positiv bei den Tonaufzeichnungen empfindet sie die dadurch erfolgenden disziplinierten Wortmeldungen innerhalb der Sitzungen.

Oberbürgermeister Klaus Heininger erkennt nicht viele Vorteile bei den Tonaufzeichnungen.

Es werden ausführliche Protokolle geführt.

Er hat bei vielen Kommunen die Protokollführung miterlebt und hat ein so ausführliches Protokoll noch nicht erlebt.

Frau Gunzenhauser (ehemalige Schriftführerin) hat die Protokolle gut geführt, Frau Schanzel (Schriftführerin) ebenfalls.

StR Manfred Strohm (CD) teilt mit, dass er das Wort an StR Jürgen Eisele (CD) weitergibt.

StR Jürgen Eisele (CD) äußert, dass innerhalb der Fraktion lange Überlegungen über diese Sitzungsvorlage getätigt wurden, welchen Mehrwert die die Tonaufzeichnungen haben, wenn diese nach der Unterzeichnung des Protokolls gelöscht werden müssen.

Die CD-Fraktion sieht in den Tonaufzeichnungen keinen Gewinn und wird dem Beschlussantrag nicht zustimmen.

StR Lothar Weccard (Bündnis 90/Die Grünen) sagt aus, dass innerhalb der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Überlegungen getätigt wurden, was für Auswirkungen, außer einem Mehraufwand, die Tonaufzeichnungen zur Folge hätten.

StRin Haas ist Mitglied des Kreistages, dort werden Tonaufzeichnungen gefertigt.

Die schriftlichen Protokolle der Gemeinderatssitzungen und seiner Ausschüsse sind ausführlich und werden von den Stadträtinnen und Stadträten kontrolliert. In der letzten Zeit hat es keine Beanstandungen gegeben.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kann auf Tonaufzeichnungen verzichten.

StR Hans-Jörg Autenrieth (CDU) teilt mit, dass dieser Antrag kein Misstrauen gegenüber Frau Mebert oder Frau Schanzel darstellt, da das Protokoll vorbildlich geführt wird.

Die Tonaufzeichnung soll nicht als Grundlage für die Erstellung der Niederschrift verwendet werden, sondern die Tonaufzeichnung soll zusätzlich zur Protokollführung erfolgen und archiviert werden.

Der Mehraufwand für die Tonaufzeichnung stellt einen einmaligen technischen Mehraufwand dar.

Dafür werden die Sitzungen für die Nachwelt gespeichert.

Oberbürgermeister Klaus Heininger bemerkt, dass der Antrag nach dieser Erläuterung einen anderen Charakter erhält. Er spricht sich gegen diesen Antrag und gegen die Tonaufzeichnung mit einer dauerhaften Archivierung aus.

Jede Person kann diesbezüglich eine andere Meinung vertreten.

StR Raisch äußert, dass dieser Antrag kein Misstrauensvotum darstellt.

Er findet, dass das Gremium eine interessante Meinung vertritt.

Bei diesem Antrag standen die Archivierung sowie der geringe Aufwand bei der Erstellung der Niederschrift im Vordergrund.

Die Archivierung der Tonaufzeichnungen befindet sich im Zusammenhang mit der Historie.

Die Tonaufzeichnung könnte ebenso zur Disziplinierung bei den Wortmeldungen beitragen.

StR Holger Haas (Bündnis 90/Die Grünen) ist der Meinung, dass durch die Tonaufzeichnungen ebenfalls etwas verloren geht. Durch die Zwischenrufe werden die Sitzungen lebendiger.

Diese würden durch Tonaufzeichnungen nicht mehr geäußert werden, da diese ansonsten im Protokoll aufgenommen werden.

StR Autenrieth erwidert, dass alle Wortäußerungen aufgezeichnet werden.

StRin Karin Schuster (CD) erklärt, dass die Tonaufzeichnung einen Mehraufwand darstellen würde. Für die Durchführung einer Tonaufzeichnung müsste bei den Sitzungen zusätzlich ein Techniker anwesend sein und es müssten Räume für die Archivierung geschaffen werden.

Sie stellt die Frage, welche Person in fünf bis zehn Jahren die Äußerungen innerhalb der Sitzungen nachlesen, beziehungsweise nachhören, möchte.

Wenn das Ergebnis des Antrages darstellt, dass künftig lediglich ein Ergebnisprotokoll geführt wird, zieht das Gremium den Kürzeren.

Die Protokollführung soll so bleiben wie bisher. Sie hat keine Kenntnis, ob zusätzlich Tonbandaufnahmen erfolgen sollten, wenn dies keinen Mehraufwand zur Folge hätte.

Oberbürgermeister Klaus Heininger fragt das Gremium, ob dieses weitere Fragen äußern möchte.

StR Raisch stellt den Antrag, keine zeitliche Begrenzung der Aufbewahrung der Tonbandaufnahmen in den Beschlussantrag aufzunehmen.

Oberbürgermeister Klaus Heininger formuliert den Beschlussantrag.

„Der Tonaufzeichnung der Sitzungen der beschließenden Ausschüsse und des Gemeinderats mit einer Archivierung ohne zeitlicher Begrenzung wird zugestimmt.“

Oberbürgermeister Klaus Heininger fragt das Gremium, ob dieses weitere Fragen äußern möchte.

Das Gremium verneint dies.

Es sind 21 Abstimmungsberechtigte anwesend.

Mehrheitlich, bei 5 positiven Stimmen, 13 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen,

abgelehnt:

Der Tonaufzeichnung der Sitzungen der beschließenden Ausschüsse und des Gemeinderats mit einer Archivierung ohne zeitlicher Begrenzung wird zugestimmt.

TOP 15

Annahme von Spenden

Oberbürgermeister Klaus Heininger verweist auf die dem Protokoll beigefügte Sitzungsvorlage Nr. 163/2022.

Er teilt mit, dass der Sachverhalt in der Sitzungsvorlage dargestellt ist und fragt das Gremium, ob dieses Fragen äußern möchte.

StRin Silke Pauly (FWV) bittet, die Liste der Annahme von Spenden zu prüfen.

Sie ist der Auffassung, dass bei der Auflistung eine Spende fehlt. Bei dem Spendenaufruf für die Flüchtlingssituation ist eine weitere Spende eingegangen.

StRin Pauly interessiert, ob eine Spende zu dem Zeitpunkt des Zahlungseingangs auf dem Bankkonto oder zu dem Zeitpunkt der Zweckzuführung als Spende deklariert wird.

StR Markus Schweizer (CDU) verlässt um 20:37 Uhr die Sitzung.

Herr Oliver Marzian (Fachbereichsleiter Bürgerdienste) antwortet, dass es ab dem Eingang und nicht erst ab der Zweckzuführung eine Spende darstellt.

Er teilt mit, dass die Verwaltung den Eingang und die Auflistung der Spenden prüfen wird und die Spende gegebenenfalls bei der nächsten Beschlussfassung über die Annahme von Spenden aufgenommen wird. Es könnte die Situation vorliegen, dass die genannte Spende nicht in dem in der Sitzungsvorlage dargestellten Zeitraum eingegangen ist.

In der heutigen Sitzung findet eine Beschlussfassung über die in der Anlage der Sitzungsvorlage dargestellten Spenden statt.

Oberbürgermeister Klaus Heininger bittet StRin Pauly, der Verwaltung nach der Sitzung die Spende mitzuteilen. Die Verwaltung wird dies prüfen.

Er fragt das Gremium, ob dieses weitere Fragen äußern möchte.

Das Gremium verneint dies.

Es sind 20 Abstimmungsberechtigte anwesend.

Einstimmig wird

beschlossen:

Die in der Aufstellung vom 7. Oktober 2022 aufgelisteten Spenden werden angenommen.

TOP 16

Anregungen, Anfragen

TOP 16.1

Öffentlichkeitsarbeit zur Einführung von Tempo 30 km/h

StRin Silke Pauly (FWV) teilt mit, dass sie Personen angesprochen haben, welche festgestellt haben, dass in der Hauptstraße und in der Hohenstaufenstraße die Geschwindigkeit von Tempo 30 km/h eingeführt wurde. Diese haben Angst, direkt geblitzt zu werden, wenn sie die Geschwindigkeitsreduzierung vergessen.

Sie regt an, in der Zeitung einen Hinweis sowie die Begründung für die Einführung von Tempo 30 km/h darzustellen und eventuell Messtafeln in den betroffenen Straßen anzubringen.

StR Markus Schweizer (CDU) nimmt ab 20:38 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Herr Oliver Marzian (Fachbereichsleiter Bürgerdienste) erklärt, dass kein Verkehrsteilnehmender mit Angst durch Eislingen fahren muss.

Herr Marco Donabauer (Leiter Bürger- und Ordnungsamt) hat mitgeteilt, dass bei diesen Geschwindigkeitsreduzierungen, wie ebenfalls bei anderen Änderungen im Straßenverkehr, den Verkehrsteilnehmenden eine Gewöhnungszeit gewährt wird.

Die Öffentlichkeitsarbeit wird noch erfolgen. Die Umstellung der Geschwindigkeit auf den Straßen auf Tempo 30 km/h ist noch nicht abgeschlossen.

Oberbürgermeister Klaus Heininger äußert, dass diese Anregung wichtig ist.

Die Geschwindigkeitsreduzierungen werden in der EZ und NWZ publiziert werden.

Oberbürgermeister Klaus Heininger fragt das Gremium, ob dieses weitere Anregungen oder Anfragen äußern möchte.

Das Gremium verneint dies

Oberbürgermeister Klaus Heininger schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates.

Die öffentliche Sitzung des Gemeinderates endet um 20:40 Uhr.